# AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE



**BRASILIEN**Bolsonaro macht Ernst

**ÜBERWACHUNG** Der Spion in der Hosentasche **SEXUELLE GEWALT**Die Macht eines Wortes





### Titelbild

Mit der Gesichtserkennungstechnologie des staatlichen Herstellers Hikvision können ChinesInnen auf Schritt und Tritt überwacht werden

© KEYSTONE/AP/NG HAN GUAN

# AKTUELL

- Good News
- 6 Aktuell im Bild
- 7 **Nachrichten**
- 9 **Brennpunkt**

Der lange Arm des eritreischen Regimes

# \_\_\_ D O S S I E R

# China.

Auf dem Weg zur totalen Kontrolle



- Der Staat sieht alles
- 12 Härter denn je

Chinas Wohlstand bringt keineswegs Demokratie.

Die Mütter von Tiananmen

128 ältere Damen legen sich mit dem Regime an.

Der dressierte Mensch

Ein System totaler Kontrolle erzieht zu «guten BürgerInnen».

Im Land der unsichtbaren Lager

Die muslimischen UigurInnen werden systematisch diskriminiert.

«Das System hat viele Risse»

Interview mit Filmemacher Popo Fan über Homosexualität und LGBTI\*-Filme in China.

# \_\_\_\_ T H E M A

24 Brasilien

«Es ist surreal»

Überwachung

Der Spion in der Hosentasche

30 Nepal

Schwierige Rückkehr ins Zivilleben

**Sexuelle Gewalt** 

Ein Wort mit Wirkung



Nur ein Ja ist ein Ja.

# \_\_\_KULTUR

Buch

Ein Leben im Zeitraffer

36 Buch

In der Hölle von Kivu

37 Film

Der nackte König

38 **Ausstellung** 

Beobachterin in Putins Reich

# \_CARTE BLANCHE

Adrienne Fichter Digitale Bürgerrechte statt Techno-Diktatur

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 99, August 2019. Redaktion: Carole Scheidegger (cas, verantw.), Manuela Reimann Graf (mre). MitarbeiterInnen dieser Nummer: Ulla Bein, Nadia Boehlen, Bernard Debord. Adrienne Fichter, Noëmi Grütter, Hannah El-Hitami, Julie Jeannet, Felix Lee, Emilie Mathys, René Raphaël, Reto Rufer, Ling Xi. Korrektorat: Doris Yannick Héritier, Bern. Gestaltung: www.muellerluetolf.ch. Druck: Stämofli AG. Bern. Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY» erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als F-Paper unter issuu.com/magazinamnesty-schweiz gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 18. Oktober 2019. Distribution: «AMNESTY, Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. Spendenkonto: Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). Redaktionsadresse: Magazin «AMNESTY», Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. Auflage: 82000 (dt.).









37 Länder haben China Mitte Juli dafür gelobt, wie das Land mit der muslimischen Minderheit in der Region Xinjiang umgehe. Das ist eine erstaunliche Sicht auf die Dinge, denn Schätzungen zufolge sind im betreffenden Gebiet etwa eine

Million Menschen in Umerziehungslagern eingesperrt. Der Lobgesang, unter anderem von Nordkorea, Saudi-Arabien oder Russland, steht in einem Brief an den Präsidenten des Uno-Menschenrechtsrats. Er ist die Antwort auf einen früheren Brief von 22 anderen Staaten, die das Vorgehen der chinesischen Regierung gegen die Uigurinnen und Uiguren in Xinjiang scharf kritisiert hatten. Dass die euphorische Reaktion der 37 Staaten gänzlich ohne Anregung aus Peking erfolgte, darf bezweifelt werden. Das Beispiel zeigt, wie die Regierung unter Xi Jinping den Druck gegen aussen und innen hochhält. Mit dem Projekt der «neuen Seidenstrasse» ist der chinesische Einfluss auch bei uns deutlich zu spüren.

Gegenüber der eigenen Bevölkerung perfektioniert die Regierung den Überwachungsstaat. Möglich macht dies der Ausbau der künstlichen Intelligenz. Unzählige Kameras und Gesichtserkennungssysteme verfolgen die Spuren der rund 1,3 Milliarden Chinesen und Chinesinnen.

Eine abweichende Meinung zu äussern, das ist unter diesen Umständen natürlich schwierig. Und doch gibt es mutige Stimmen, die sich nicht einschüchtern lassen, so wie die «Mütter von Tiananmen» oder die Organisatoren des Queer Film Festival in Peking.

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

# Amnesty-Auszeichnung an Greta Thunberg

WELTWEIT – Amnesty International ehrt die Klimaaktivistin Greta Thunberg und die SchülerInnenbewegung Fridays for Future mit dem Ambassador of Conscience Award 2019. «Wir sind begeistert und inspiriert von der Entschlossenheit, mit der diese jungen Aktivistinnen und Aktivisten auf der ganzen Welt uns auffordern, uns der Realität der Klimakrise zu stellen», begründet Amnesty-Generalsekretär Kumi Naidoo die Wahl. «Die Menschenrechte und die Klimakrise gehen Hand in Hand. Wir können die eine Krise nicht lösen, ohne die andere mitzudenken», so Preisträgerin Greta Thunberg an der Feier. Mit der Auszeichnung Ambassador of Conscience (BotschafterIn des Gewissens) ehrt Amnesty International seit 2003 Persönlichkeiten oder Bewegungen, die die Menschenrechte fördern, Ungerechtigkeit aufzeigen und mit ihrem Einsatz andere inspirieren.



Greta Thunberg mit Kumi Naidoo, dem Generalsekretär von Amnesty International.

### Only yes means yes!

GRIECHENLAND – Die griechische Regierung hat am 6. Juni 2019 entschieden, das Strafrecht so anzupassen, dass Sex ohne Einwilligung als Vergewaltigung anerkannt wird. Die Istanbul-Konvention, die Griechenland im Juni 2018 ratifiziert hat, besagt, dass Vergewaltigungen und andere sexuelle Handlungen ohne Einwilligung als Straftaten einzustufen sind. Auch Dänemark hat Reformen angekündigt, in Spa-

nien und Portugal werden ähnliche Gesetzesanpassungen diskutiert. In der Schweiz führt Amnesty Schweiz derzeit eine Kampagne gegen sexuelle Gewalt und für eine Änderung des Strafgesetzbuchs (siehe beiliegendes «In Action»).

### Homosexualität entkriminalisiert

**BOTSWANA/ANGOLA** – Positiver Trend in Afrika: Im Juni 2019 hat Botswana beschlossen, einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen zu entkriminalisieren. Zuvor drohten dafür Freiheitsstrafen von bis zu 7 Jahren. Im Januar schaffte auch Angola die Bestrafung von Homosexualität ab - 133 Jahre nach Einführung des entsprechenden Gesetzes in der portugiesischen Kolonialzeit. Hier ging das Oberste Gericht noch weiter: Fortan wird in dem Land jegliche Diskriminierung von Homosexuellen unter Strafe gestellt. Auch in Namibia wächst die LGBTI\*-Bewegung und hofft auf eine baldige Abschaffung des «Sodomie-Gesetzes». In etwa 25 Ländern südlich der Sahara wird Homosexualität weiterhin kriminalisiert, zum Teil unter Androhung der Todesstrafe.

# Keine Hinrichtung von Murtaja Qureiris

SAUDI-ARABIE – Zehn Jahre alt war Murtaja Qureiris, als er bei einer Fahrraddemo in Saudi-Arabien für Menschenrechte demonstrierte. Drei Jahre später, im September 2014, wurde er festgenommen, bei der Befragung geschlagen und schliesslich zum Tode verurteilt. Qurei-

ris wird nicht wie befürchtet hingerichtet.
Stattdessen wurde er zu
12 Jahren Haft verurteilt. Es ist und bleibt inakzeptabel, dass die
saudischen Behörden
die Todesstrafe für
einen Teenager überhaupt in Betracht gezogen haben. Die Todesstrafe für Minderjährige
ist eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts.



Murtaja Qureiris wird nicht hingerichtet.

### Oyub Titiev endlich frei

RUSSLAND – Am 10. Juni hat ein Gericht entschieden, dass der tschetschenische Menschenrechtsverteidiger Oyub Titiev nach über einem Jahr Haft auf Bewährung freikommt. Am 9. Januar 2018 war Titiev von der Polizei in seinem Wagen gestoppt und mehrere Stunden ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten worden. Die tschetschenischen Behörden gaben später an, dass in seinem Auto Drogen «gefunden» worden seien. Titiev stritt die Vorwürfe ab und bestand darauf, dass man ihm die Drogen untergeschoben habe. Dennoch wurde er zu vier Jahren Haft in einer Strafkolonie verurteilt. Titiev ist der Leiter des tschetschenischen Büros der Menschenrechtsorganisation Memorial.



Oyub Titiev während seines Prozesses.

# Ein bisschen Gerechtigkeit und Schutz

MEXIKO – Am 20. Februar wurde Samir Flores Soberanes vor seiner Haustür durch vier Schüsse getötet. Zuvor hatte er Morddrohungen erhalten, die im Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit standen. Soberanes war Mitglied der Frente de Pueblos en Defensa de la Tierra y del Agua de Morelos (FPDTA), einer NGO, die sich für den Umweltschutz in den südöstlichen Bundesstaaten Morelos, Puebla und Tlaxcala einsetzt. Im Juni hat nun der Generalbundesanwalt des Bundesstaats Morelos endlich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Für mehrere Mitglieder der Umweltschutzorganisation sollen ausserdem Sicherheitsmassnahmen ergriffen werden.



Samir Flores Soberanes bei einem Radiointerview.

# IN KÜRZE

FRANKREICH – Der junge Menschenrechtsverteidiger Tom Ciotkowski hatte dokumentiert, wie die französische Bereitschaftspolizei Freiwillige daran hinderte, Essen an Flüchtlinge und Migrantlnnen zu verteilen. Ihm drohten fünf Jahre Gefängnis. Am 20. Juni wurde er freigesprochen.

MAROKKO – Am 5. April 2019 wurde der Menschenrechtsverteidiger Zine El Abidine Erradi nach Verbüssen einer einjährigen Haftstrafe aus dem Gefängnis in Agadir entlassen. Der Haft war ein unfaires Gerichtsverfahren vorausgegangen. Zine El Abidine Erradi wollte nach dem Tod seines Vaters seine Familie besuchen und wurde in Marokko inhaftiert. Am 15. Mai konnte er endlich sicher nach Frankreich zurückkehren.

VENEZUELA – Der venezolanische Oppositionsabgeordnete Gilber Caro wurde am 17. Juni aus der Haft entlassen – kurz vor dem Besuch der Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet. Er war willkürlich inhaftiert und anschliessend ohne Kontakt zur Aussenwelt in Haft gehalten worden. Die Behörden hatten zunächst bestritten, sein Schicksal und seinen Aufenthaltsort zu kennen.

USA – Am 30. Mai 2019 stimmte der Senat von New Hampshire für die Abschaffung der Todesstrafe. Damit hat die Hälfte der amerikanischen Bundesstaaten die Todesstrafe entweder abgeschafft oder ein Hinrichtungsmoratorium beschlossen.



USA – Trumps Null-Toleranz-Politik trifft die Jüngsten: In den US-amerikanischen Lagern für aufgegriffene MigrantInnen entlang der Grenze zu Mexiko bestehen offenbar unhaltbare Zustände: US-AnwältInnen, die die ansonsten abgeschirmten Einrichtungen im Juni besuchen konnten, sprachen davon, dass Hunderte Kinder und Jugendliche unter massiver Vernachlässigung, Krankheiten und Unterversorgung litten. Ältere Kinder müssten sich um die jüngeren kümmern, es fehle an allem. Inzwischen stimmte das US-Repräsentantenhaus, in welchem die demokratische Partei die Mehrheit hat, für die Freigabe von 4,5 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern für die MigrantInnen an der Grenze zu Mexiko. Die grosse Mehrheit der republikanischen Abgeordneten war dagegen.

6

### HelferInnen schikaniert

USA – Die US-Regierung schikaniert und bedroht Menschen, die sich an der Grenze zwischen den USA und Mexiko für Migrantinnen, Migranten und Asylsuchende einsetzen. Mit der Androhung strafrechtlicher Verfolgung werden MenschenrechtsverteidigerInnen systematisch und rechtswidrig eingeschüchtert. Die Behörden würden unter anderem die Grenzkontrollen missbrauchen, um die HelferInnen ohne richterlichen Beschluss zu durchsuchen, wie Betroffene berichten. Sie müssten sich Leibesvisitationen unterziehen, würden zu ihren finanziellen und beruflichen Kontakten verhört und müssten ihre elektronischen Geräte abgeben, damit diese durchsucht werden könnten. Ziel der Massnahmen ist es offensichtlich, unter dem Vorwand mutmasslicher Straftaten wie Menschenschmuggel eine Anklage gegen sie zu konstruieren. Verantwortlich sind vor allem das US-amerikanische Heimatschutz- und das Justizministerium.

© AMI Jarrari Ammesty International

**Amnesty-Researcherinnen** sprechen bei einem Besuch an der US-Grenze mit HelferInnen und Flüchtlingen.

### «Terminator» verurteilt DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO —

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag hat den ehemaligen Rebellen-Kommandanten Bosco Ntaganda wegen dreizehn Kriegsverbrechen und fünf Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt, darunter Massaker an ZivilistInnen, die Rekrutierung von KindersoldatInnen sowie Vergewaltigung und Sklaverei. Am Prozess nahmen

insgesamt 2123 Opfer teil, darunter ehemalige KindersoldatInnen. Im Jahr 2002 war Ntaganda, der auch «Terminator» genannt wurde, Leiter der militärischen Operationen in der Rebellengruppe Union der kongolesischen Patrioten, zu der auch Thomas Lubanga gehörte. Lubanga wurde im März 2012 vom ICC wegen des Einsatzes und der Rekrutierung von KindersoldatInnen zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Ntaganda weist die Vorwürfe zurück und wird voraussichtlich Berufung einlegen.

# Wiederaufnahme von Hinrichtungen?

SRI LANKA – Seit 1976 wurden in Sri Lanka keine Hinrichtungen mehr vollzogen. Im Juli 2018 aber kündigte Präsident Maithripala Sirisena an, dass zum Tod verurteilte DrogenhändlerInnen hingerichtet werden sollen; er setzte damit dem faktischen Moratorium für die Todesstrafe ein Ende. Im Juni 2019 wurde nun bekannt, dass die Exekution von 13 zum Tode Verurteilten vorbereitet werde. Am 5. Juli 2019 entschied jedoch der oberste Gerichtshof, dass die Hinrichtungen nicht stattfinden dürfen, bis die Rekurse gegen die Urteile vollumfänglich geprüft wurden. Das dafür zuständige Gericht wird am 29. Oktober 2019 tagen.

### Mörderischer Krieg gegen Drogen

PHILIPPINEN – Drei Jahre nach dem Beginn des sogenannten Anti-Drogen-Kriegs der philippinischen Regierung nimmt die Zahl der Opfer aussergerichtlicher Tötungen weiter dramatisch zu, wie Amnesty International in einem Bericht von Anfang Juli dokumentiert. Unter den Getöteten sind vor allem Menschen aus den armen Stadtvierteln und Regionen des Landes. Auf der Grundlage von konstruierten Namenslisten verhaftet und erschiesst die Polizei willkürlich angebliche DrogenhändlerInnen und Süchtige. Lokale Behörden stehen unter Druck, möglichst viele Namen auf die Listen zu setzen. Mit fatalen Folgen: Schon eine einzige unbewiesene Anschuldigung kann den Tod bedeuten. Die Verantwortlichen gehen straffrei aus oder werden versetzt. Amnesty forderte den Uno-Menschenrechtsrat deshalb auf, eine unabhängige Untersuchung dieser Menschenrechtsverletzungen einzuleiten.



Ein Polizist während einer Drogenrazzia in Manila.



Indien geht das Wasser aus. Dürreperioden treffen das Land immer häufiger.

### JETZT ONLINE

- Erst ja, dann ahh: Mit vier provokativen Videoclips startete Amnesty Schweiz im Juli die Sensibilisierungskampagne gegen sexuelle Gewalt. Die Clips und ein Interview mit der Erfolgsregisseurin Barbara Miller.
- AVOSAVIS: Verstehen Sie Französisch? Dann haben Sie bestimmt auch Freude an unseren Strassenbefragungen «AVOSAVIS», die unsere Social-Media-KollegInnen zu aktuellen Themen regelmässig produzieren. Jetzt auf unserem YouTube-Kanal.
- #FreeToAct: Die polnische Menschenrechtsverteidigerin Elżbieta Podleśna hat wegen ihres Aktivismus mehrere Klagen am Hals (siehe dazu den Text und die Petition im beiliegenden «In Action»). In einem witzigen Video erzählt sie, wie in Polen mit AktivistInnen umgesprungen wird.
- Mein ganzes Leben auf der Flucht: Zehntausende Angehörige ethnischer Minderheiten im hohen Lebensalter, die sich aufgrund der Gewalttaten des myanmarischen Militärs auf der Flucht befinden, erhalten keine angemessene humanitäre Versorgung. Das Video «Fleeing my whole life Older people's experience of conflict and displacement in Myanmar» bietet in Englisch einen Einblick in die Situation älterer Flüchtlinge.

Jetzt online unter: www.amnesty.ch/magazin-august19

### Klima und Menschenrechte

NEW YORK - Am 18. und 19. September wird in New York der erste globale Gipfel zu Menschenrechten und Klimawandel stattfinden. An diesem «People's Summit on Climate, Rights and Human Survival» sollen die laufenden Bemühungen um Klimagerechtigkeit verstärkt und miteinander verknüpft werden; eine vielfältige, breiter abgestützte Bewegung soll daraus entstehen. Amnesty International, Greenpeace International, das Uno-Menschenrechtsbüro sowie weitere Organisationen und Stiftungen werden die Veranstaltung gemeinsam ausrichten. Ziel ist eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik. «Echte Lösungen müssen den Menschen und seine Grundrechte in den Mittelpunkt stellen», schreiben Amnesty-Generalsekretär Kumi Naidoo und die Generalsekretärin von Greenpeace, Jennifer Morgan, in einem offenen Brief, der von sämtlichen beteiligten Organisationen veröffentlicht wurde. «Die Auswirkungen des Klimawandels beeinträchtigen bereits heute unsere Rechte auf Gesundheit, Nahrung, Wasser, Wohnen, Arbeit und sogar das Leben selbst. Diese Auswirkungen sind noch gravierender für Menschen, die sich bereits in gefährdeten Situationen befinden oder von Armut und Unterdrückung betroffen sind.»

### Gewalt gegen LGBTI\*

**HONDURAS** – Eine TV-Moderatorin und eine LGBTI\*-Aktivistin sind unabhängig voneinander in Honduras getötet worden. Beide trans Frauen wurden von unbekannten Tätern erschossen. Santiago Carvajal war Moderatorin einer TV-Unterhaltungsshow und engagierte sich für die Rechte von LGBTI\*. Bessy Ferrera war ein prominentes Mitglied der Asociación Arcoíris, die sich unter anderem um Opfer von homo- oder transphober Gewalt kümmert. Laut der Umwelt- und Bürgerrechtsorganisation CO-PINH sind seit 2009 mindestens 313 LGBTI\* in Honduras ermordet worden. Die Aufklärungsquote ist extrem gering.

# Dienstleistungen für Saudi-Arabien verboten

SCHWEIZ – Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat Ende Juni entschieden, dass die Firma Pilatus AG keine Dienstleistungen mehr für Trainingsflugzeuge in Saudi-Arabien erbringen darf. Diese Geschäfte kämen einer Unterstützung für die Streitkräfte Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate gleich, welche massgeblich am Krieg gegen Jemen beteiligt sind. Die Pilatus AG will sich gegen den Entscheid beim Bundesverwaltungsgericht wehren. Auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats wird sich an einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Fall



**Ein Mitarbeiter in einem Flugzeug des Typs Pilatus PC-21,** wie er an Saudi-Arabien geliefert wurde.

8

# DER LANGE ARM DES ERITREISCHEN REGIMES



In der Schweiz wohnende Eritreer demonstrieren 2017 in Genf.

er das eritreische Regime kritisiert, ist selbst im Exil nicht sicher - auch nicht in der Schweiz. Dies zeigt ein neuer Bericht von Amnesty International: Daniel Mekonnen, der Präsident der Eritrean Law Society, eines regierungskritischen Verbands eritreischer Anwältinnen und Anwälte, wurde 2016 nach einer Uno-Dialogveranstaltung in Genf von einer Gruppe Demonstrierender angegriffen, bedroht und beschimpft. Die aufgebrachte Menge bewarf ihn auf dem Weg zur Busstation mit Flaschen und Dosen, beschimpfte ihn als Verräter und verfolgte ihn. Selbst als er Schutz beim Sicherheitspersonal der Uno suchte, nahmen die Bedrohungen und Beschimpfungen kein Ende.

Die Erfahrungen Daniel Mekonnens passen in ein Muster: Im Bericht «Repression Without Borders» zeigt Amnesty auf, wie eritreische Oppositionelle auch in Kenia, den USA, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Grossbritannien Gefahr laufen, von Angehörigen und SympathisantInnen des eritreischen Regimes angegriffen zu werden. Betroffene berichten von tätlichen Angriffen, anonymen Drohanrufen und Verleumdungskampagnen über soziale Medien. Die Fäden zieht dabei offenbar die Regierungspartei PFDJ (People's Front for Democracy and Justice): Die Übergriffe und Bedrohungen gingen zumeist von Mitgliedern und SympathisantInnen des Jugendflügels der PFDJ aus und wurden wiederholt über soziale Medien auch von Angehörigen des eritreischen Botschaftscorps begrüsst und angeheizt. Daniel Mekonnen betrachtet die Übergriffe als Teil einer umfassenden Strategie der PFDJ, Regimekritikerinnen und Menschenrechtsverteidiger auch im Ausland zu bedrängen und so zum Schweigen zu bringen.

Nun ist das eritreische Regime nicht die einzige Diktatur, die ihre KritikerInnen auch im Ausland verfolgt: Gaddafi schreckte vor Jahrzehnten sogar vor Morden nicht zurück, ebenso wenig wie das saudische Regime, das als Auftraggeber des Mords am Journalisten Jamal Khashoggi vermutet wird. Auch von anderen Ländern wie Ruanda oder Iran sind Morde an exilierten Oppositionellen bekannt. So weit ist das eritreische Regime nicht gegangen. Die Vorfälle aber zeigen: Präsident Afewerki und die PFDJ dulden nach wie vor keine Kritik an ihrer Politik und an den Menschenrechtsverletzungen im Land – selbst dann nicht, wenn diese Kritik im vermeintlich sicheren Exil ertönt.

Das passt leider ins Bild, das Amnesty von der Menschenrechtslage in Eritrea hat: Trotz Beilegung des Konflikts mit Äthiopien und den damit einhergegangenen Hoffnungen hat das Regime seinen stählernen Griff um Land und Leute nicht gelockert. Von vielen Verhafteten fehlt weiterhin jede Spur. Der Staat kontrolliert nach wie vor sämtliche Medien. Und auch am System des zeitlich unbefristeten «Nationaldienstes», das vielen jungen Eritreerinnen und Eritreern jede Perspektive auf ein selbst bestimmtes Leben raubt, wird nicht gerüttelt. Das Bild. das diverse Schweizer ParlamentarierInnen von Eritrea vermitteln wollen als einem Land, in das die Schweiz viele der Flüchtlinge wieder bedenkenlos zurückschicken könne, bleibt deshalb leider ein Zerrbild.

Reto Rufer

AMNESTY August 2019







**In den Fussstapfen Maos:** 2018 hob der chinesische Volkskongress die Beschränkung der Amtszeit für Präsident Xi Jinping auf. Damit kann dieser seine Macht weiter ausbauen.

12

# Härter denn je

China ist heute die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt. Der Wohlstand hat bisher kein Streben nach Freiheit ausgelöst. Die kommunistische Führung lässt der Bevölkerung auch immer weniger Spielraum. Von Felix Lee, Peking

Die Informationstafeln mit den Wandzeitungen stehen noch. Ebenso die grossen schwarzen Bretter, an denen vor dreissig Jahren Tausende Protestnoten hingen. Heute hängen hier nur Zettel mit Aufschriften wie «Verkaufe Fahrrad» oder «Suche E-Bike». Doch da die Verständigung der Studierenden inzwischen fast vollständig über soziale Medien läuft, sind selbst diese Botschaften selten geworden. Wer den kritischen Geist sucht, der einst die Peking-Universität prägte, wird hier, im Westen der chinesischen Hauptstadt, nicht fündig. Denn politische Inhalte postet kaum noch ein Student. Der Staat liest mit.

1989 war die Überwachung noch nicht so perfekt. Deshalb konnte auf diesem Uni-Campus eines der bedeutendsten politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts seinen Anfang nehmen: die Studierendenproteste, die das Militär im Juni vor dreissig Jahren auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Chinesisch: Tiananmen) niederschlug. Das Regime erkaufte sich damit Jahrzehnte der Ruhe – doch zu einem hohen Preis. Um auch heute noch politische Ruhe zu erzwingen, unternimmt der Überwachungsapparat immer groteskere Anstrengungen.

Wer den Campus der Peking-Universität heute besucht, muss seine Fantasie anstrengen, um sich die Lage im Jahr 1989 vorzustellen – die Stimmung war völlig anders. Statt der fiebrigen Erregung von damals prägen heute Karrierestreben und Alltagssorgen das Denken der Studierenden. Immerhin gibt es äusserliche Ähnlichkeiten: Der Vorplatz der Prestigeinstitution ist wie einst perfekt gepflegt und mit frisch gepflanzten Geranien geschmückt.

Heute unmöglich Doch wer näher hinsieht, entdeckt die Unterschiede. Sicherheitskameras hängen an
sämtlichen Laternenpfählen. Die wären dem Regime schon
1989 willkommen gewesen. Heute haben sie Funktionen,
von denen die Geheimdienste damals nur träumen konnten.
Sie erkennen Gesichter in der Menge und können sie mit
den zahllosen Datenbanken abgleichen, in denen der Staat
die Daten der BürgerInnen verwaltet. Einen Protest zu orga-

nisieren, wäre heute fast unmöglich. Der Ort spiegelt damit wider, was das gesamte Land heute ist: ein technologisch hochmoderner, zugleich aber streng kontrollierter Sicherheitsstaat.

In den drei Jahrzehnten seit der Niederschlagung der Demokratiebewegung ist China von einem armen Entwicklungsland zu einer globalen Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Mit einem Wachstum von durchschnittlich neun Prozent im Jahr hat sich das Bruttoinlandsprodukt auf heute über zwölf Billionen Dollar mehr als verzehnfacht. Auf der Liste der grössten Volkswirtschaften nähert sich China selbst den USA.

Das wirkt sich auch auf das Leben jedes einzelnen Menschen aus. Das durchschnittliche Jahreseinkommen hat sich von rund 200 auf mehr als 9600 Dollar erhöht. Lebten 1989 noch rund 70 Prozent der Menschen in China unter der Armutsgrenze von 1,90 Dollar am Tag, ist es heute nur noch eine kleine Minderheit. Bis 2020 wird die absolute Armut in China besiegt sein. Damit hat das Land ein Millenniumsziel der Vereinten Nationen praktisch allein erreicht: Die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015.

Und auch das Ziel der kommunistischen Führung, bis 2025 technologisch führend zu sein, ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Kein Land investiert derzeit so viele Milliarden in künstliche Intelligenz, Mikrochips und Industrieroboter wie die Volksrepublik. Wohlstand für alle gehöre ebenfalls zu den «Menschenrechten», argumentiert die kommunistische Führung.

Frühling ist vorbei Auch den Studierenden ging es 1989 um Menschenrechte. Doch sie dachten dabei an Meinungsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaat – diese Schlagworte verwendet die Führung zwar noch heute, doch werden sie ebenso wie die «Menschenrechte» so lange ver-

Felix Lee ist China-Korrespondent in Peking.

# **Angriff auf das Menschenrechtssystem**

China habe kein Interesse mehr an einem Menschenrechtsdialog mit Europa. Vielmehr versuche die Regierung unter Xi Jinping, das bisherige internationale Menschenrechtssystem als überholt darzustellen. Das sagt Katrin Kinzelbach, stellvertretende Direktorin des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Sie beobachtet, dass Peking stattdessen eine «Gemeinschaft der geteilten Zukunft» propagiere. In dieser Gemeinschaft gäbe es Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Offenheit, Respekt, Inklusion, Sauberkeit, Schönheit und Harmonie. Gleichzeitig müsste die absolute Souveränität eines jeden Staates akzeptiert und müssten kulturelle sowie politische Unterschiede toleriert werden. Xi Jinping trage sein Konzept der «Gemeinschaft der geteilten Zukunft» in verschiedene internationale Foren und seine Gefolgsleute hätten es bereits in mehreren Resolutionen der Vereinten Nationen untergebracht, hielt Katrin Kinzelbach in einem Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» fest. China habe ein eindeutiges Interesse daran, das bisherige Menschenrechtssystem durch eine neue normative Ordnung chinesischer Prägung zu ersetzen.

China hat bisher verschiedene Uno-Menschenrechtsabkommen unterzeichnet, zum Beispiel die Anti-Folter-Konvention, allerdings ohne das zugehörige Fakultativprotokoll. Den internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte hat China aber nicht ratifiziert. (cas.)

dreht, bis sie zum Ziel des Machterhalts passen. Die Wahrheit ist: Peking geht gegen KritikerInnen härter vor als jemals zuvor.

«Wir sind heute noch weiter von der Demokratie entfernt als 1989», sagt Teng Biao, ein Menschenrechtsanwalt, der mit seiner Familie in die USA fliehen musste. Die Niederschlagung der Proteste habe der Wirtschaftsentwicklung nicht geschadet, sondern genützt, lautet seine provokante These, mit der er dem üblichen Narrativ einer Verbindung zwischen Demokratie und Wohlstand widerspricht. Und die Kommunistische Partei (KP) sitze fester im Sattel als je zuvor, glaubt Teng.

Keine Demokratie, dafür aber Wohlstand – die Formel mag simpel klingen, doch in der Praxis ist das Bild deutlich komplexer. Es gab die kritischen Stimmen durchaus, und es gibt sie heute noch. In den 1990er-Jahren waren es Künstler, Dichterinnen und andere Intellektuelle, die es wagten, die sozialen Verwerfungen zu thematisieren. In den Jahren nach der Jahrtausendwende waren es vor allem Anwältinnen, Journalisten und Bloggerinnen, die Kritik am Regime übten.

Dass vor allem diese Berufsgruppen in Erscheinung traten, lag an einem anderen Grossereignis. Als China 2008 die Olympischen Spiele austrug, wollte die Führung sich gegenüber der Welt offen und tolerant präsentieren. Sie lockerte

die Zensur, duldete Debatten in den sozialen Medien und versprach mehr Rechtsstaat. Neue Medien entstanden, die nicht mehr ganz so streng den Vorgaben der Propaganda folgen mussten. Die Führung dachte, sie könne China und sich selbst feiern. Schon war von einem «politischen Frühling» die Rede

MenschenrechtsaktivistInnen nutzten diese Öffnung. Sie wagten es sogar, eine «Bürgerrechtscharta» zu verfassen, in der sie das System selbst in Frage stellten. Auch die unterdrückten TibeterInnen und UigurInnen erhoben ihre Stimmen. Der Fackellauf des olympischen Feuers geriet zum Spiessrutenlauf. Weltweit kam es zu Protesten. Chinas Führung blamierte sich. Kurz nach den Spielen war es mit dem «politischen Frühling» vorbei.

Haft und Hausarrest Eine Reihe von AktivistInnen, die es gewagt hatten, um 2008 herum Kritik zu üben, wurden kurz danach zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, darunter auch der Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger von 2010, Liu Xiaobo. «Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht» lautete schliesslich die Klage gegen ihn und andere. 2009 verurteilte ihn ein Volksgericht zu elf Jahren Haft. Seine Frau Liu Xia stellten die Behörden unter Hausarrest. 2017 starb der Schriftsteller in der Haft.

Seit dem Amtsantritt von Präsident Xi Jinping im Jahr 2013 ging es mit den Menschenrechten weiter steil bergab. Die Festnahme von rund 300 Rechtsanwälten und Menschenrechtsverteidigerinnen im Juli 2015 markierte einen vorläufigen Tiefpunkt. Seitdem trauen sich JuristInnen mit ihren Anliegen nur noch selten an die Öffentlichkeit.

Die Sicherheitskräfte gehen besonders brutal gegen die muslimische Minderheit der UigurInnen in Xinjiang im Nordwesten der Volksrepublik vor. Hatte China seine berüchtigten Umerziehungslager aus Maos Zeiten 2015 offiziell für verboten erklärt, wurden sie für muslimische Menschen in Xinjiang wieder eingeführt. Niemand kann dort sicher sein, nicht plötzlich festgenommen und ohne Gerichtsverfahren in ein Lager gebracht zu werden.

Kaum Kritik Kritik aus dem Ausland verbittet sich die Führung. Kritik an Menschenrechtsverletzungen wird generell als Einmischung in innere Angelegenheiten abgetan. Wirtschaftlich ist China für viele Länder so wichtig geworden, dass es mit Ausnahme der USA kaum noch ein Staat wagt, die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen anzuprangern. Was die verbliebenen DissidentInnen in China besonders frustriert, ist, dass sie auch im eigenen Land kaum noch wahrgenommen werden. Vorübergehend keimte zwar die Hoffnung auf, das Internet könnte sich zum Hort der

Meinungsfreiheit in China entwickeln. Zwischenzeitlich verlagerten sich einige kritische Debatten auch ins Netz. Doch 2009 gelang es der KP-Führung, den Zugang zu Netzwerken wie Facebook, Twitter und YouTube zu blockieren. Inzwischen hat sie auch die meisten chinesischen Online-Plattformen im Griff.

Die Öffnung der Märkte und der zunehmende Wohlstand haben bisher kein Streben nach Freiheit ausgelöst. Stattdessen hat vor allem die aufstrebende junge Mittelschicht in den Grossstädten schon früh verinnerlicht, dass das persönliche Fortkommen und das der Familie viel wichtiger sind. In Umfragen werden als wichtigste Dinge im Leben die Familie, ein gut bezahlter Job und der Erwerb einer Wohnung genannt. Die Achtung der Menschenrechte und Demokratie kommen allenfalls auf den hinteren Plätzen vor. Einem Grossteil der Bevölkerung sind Namen wie Liu Xiaobo oder der seiner Frau Liu Xia nicht bekannt.

Die Macht der KP scheint auf absehbare Zeit gefestigt. Sie bietet einen klaren Deal an: Wirtschaftlich und materiell geht es bergauf, dafür zieht das Volk mit. Doch was passiert, wenn Chinas Führung das Versprechen, es werde noch mehr Wirtschaftswachstum und ein materiell immer besseres Leben geben, nicht mehr einlösen kann?

Dieses Szenario ist durchaus realistisch. Denn für die KP ist es sehr viel schwerer geworden, mehr von allem anzubieten. Der Lebensstandard hat bereits ein hohes Niveau erreicht. Zuwächse sind kaum noch zu erzielen. Und um die nächste Entwicklungsstufe zu erreichen, die vergleichbar wäre mit der etablierter Industrieländer, braucht es mehr als den Bau von noch mehr Fabriken und Hochhäusern.

Die Lage könnte also rasch gefährlich werden für Xi und sein Regime. Dafür hat die KP zwei Instrumente ersonnen, um die Lage trotz allem stabil zu halten: Nach innen baut sie den perfekten Überwachungsstaat auf. Und nach aussen wird Chinas Macht durch die Initiative Neue Seidenstrasse gefestigt. Letztere ist ein hochgradig expansives Projekt. Xi bindet ein Land nach dem anderen ein. Was als Handelsprojekt daherkommt, wird immer mehr zu einer weltweiten Strategie der Macht.

Auch die Peking-Universität macht mit, ein Symposium zur Seidenstrasse folgt derzeit dem anderen. In Ideologiekursen wird Xi-Jinping-Denken gelehrt – die Veranstaltungen sind Pflicht. Die ehrwürdige Bildungsinstitution, einst Quelle kritischen Denkens, wird immer mehr zur Gehilfin der Macht. Xi erfüllt sich damit den alten Traum der chinesischen Herrscher, die Jugend unter Kontrolle zu bringen. Was den Kaisern, der Republik und den Kommunisten der 80er-Jahre nicht gelungen ist, könnte ihm gelingen – auf Kosten der Menschenrechte.

# Massenmobilisierung in Hongkong

Hongkong ist seit Monaten Schauplatz von Grossdemonstrationen. Hunderttausende Menschen protestieren auf der Strasse gegen eine Revision des Abschiebegesetzes. Die Protestierenden fürchten, dass aufgrund dieses Gesetzes China gegenüber kritisch eingestellte Menschen, MenschenrechtsverteidigerInnen, JournalistInnen oder NGO-MitarbeiterInnen Gefahr laufen, an China ausgeliefert zu werden – in einen Staat, der sich kaum an rechtsstaatliche Prinzipien hält und in dem gefoltert wird.

Die Demonstrierenden wurden eingeschüchtert und unter Druck gesetzt. Die Polizei ging mit grosser Härte und unverhältnismässiger Gewalt gegen sie vor.

Über diese Gesetzesreform hinaus sind die BürgerInnen Hongkongs besorgt über die zunehmende Einschränkung der Freiheit durch Peking. Nach Ansicht der Demonstrierenden verstösst der Gesetzesentwurf gegen das Prinzip «Ein Land, zwei Systeme», das seit 1997 mit der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie an China herrscht. Peking verpflichtete sich damals, die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Systeme Hongkongs für einen Zeitraum von 50 Jahren aufrechtzuerhalten und das Rechtssystem der Volksrepublik China nicht auf sie anzuwenden. Das Gebiet von Hongkong geniesst Freiheiten, die im übrigen China unbekannt sind.

Bereits 2014 führten prodemokratische AktivistInnen eine breite Mobilisierungsbewegung an, die als «Regenschirmrevolution» bekannt wurde, da die Demonstrierenden Regenschirme zum Schutz vor Tränengas verwendeten. Sie forderten, den nächsten Verwaltungschef Hongkongs selbst frei wählen zu dürfen, wie es China 2014 versprochen hatte. Stattdessen wurden aber von einem Komitee KandidatInnen bestimmt, die Peking genehm waren. Seitdem haben die Behörden Hongkongs viele friedliche Demonstrierende verhaftet, meist auf der Grundlage vage formulierter Anschuldigungen wie «unbefugte Versammlung» oder «Störung der öffentlichen Ordnung».



Bunte Regenschirme sind auch 2019 das Symbol der Bewegung – und ein Schutz vor Tränengas.

# Die Mütter von Tiananmen

Seit dreissig Jahren setzen sich die Mütter von Verschwundenen dafür ein, dass die Regierung Verantwortung für die Verbrechen von 1989 übernimmt. Von Bernard Debord

128 ältere Chinesinnen kämpfen dafür, die Wahrheit 228 ans Licht zu bringen. Die Mütter von Tiananmen wollen, dass endlich aufgeklärt wird, was 1989 auf dem Tiananmen-Platz geschehen ist. Und sie wollen ihre während des Massakers getöteten Angehörigen endlich rehabilitiert sehen. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 beendete die chinesische Regierung mit Waffengewalt die Studierendenbewegung, die seit anderthalb Monaten das Herz Pekings besetzt hatte. Nach dem Vorbild der Madres de la Plaza de Mayo in Argentinien, die sich in den 1980er-Jahren gegen die argentinische Diktatur stellten, treffen sich die Tiananmen-Mütter öffentlich, mit dem Ziel, dass das Massaker nicht vergessen geht.

So auch Ding Zilin, eine kleine Dame, die heute über 80 Jahre alt ist. Die ehemalige Professorin für Philosophie an der Volksuniversität Peking ist zu einem Ärgernis für das Regime geworden. Sie war nicht begeistert, als ihr damals 17-jähriger Sohn nach Beginn der Demokratiebewegung im Frühjahr 1989 beim Ordnungsdienst am Gymnasium mitmachte, der die Schüler und Schülerinnen mit Essen und Trinken versorgte. Ihr Sohn war eines der ersten Opfer: Er wurde von einer Kugel in den Rücken getroffen und starb. Seine Eltern holten seine Überreste noch in der gleichen Nacht ab, bevor die Behörden den Krankenhäusern erlaubten, die Leichen zurückzugeben – im Austausch für eine Sterbeurkunde, die das Datum und die Todesursache weg-

liess. Vom Tod ihres Sohnes erholte sich Ding Zilin nie; sie versuchte sechs Mal, sich das Leben zu nehmen.

«Kleine Drängeleien» Seit dem Massaker wird das Offensichtliche geleugnet. Der General und damalige Stabschef Chi Haotian behauptete, dass «auf dem Platz des Himmlischen Friedens kein einziger Mensch sein Leben verloren hat», und fügte hinzu: «In der Umgebung kam es lediglich zu kleinen Drängeleien.» Aufgrund seiner «Verdienste» wurde er später zum Verteidigungsminister befördert. Auch jetzt, dreissig Jahre danach, bleibt die offizielle Version unverändert. Für die «Global Times», die staatliche Tageszeitung, «ist der 4. Juni ein ganz normaler Tag. Das jährliche Getue um den Vorfall ist nur eine Blase, die platzen wird.» Dieses Getue gibt es nur im Ausland, denn in China



**Die Gründerinnen der Mütter von Tiananmen,** Zhang Xianling (links) und Ding Zilin, im Jahr 2003.

17

wird jede Erwähnung des 4. Juni in der Presse, in der Schule oder im Internet geahndet und ist faktisch unmöglich – ausser eben für die Mütter von Tiananmen.

Dieser Realitätsverweigerung wollte Ding Zilin im September 1989 gemeinsam mit Zhang Xianling etwas entgegensetzen. Letztere hat ihren Sohn verloren, der getötet wurde, als er Fotos von der «Reinigung» des Platzes machte. Bald schloss sich Xu Jue, ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften, der Bewegung an. Ihr verwundeter Sohn starb in einem Krankenhaus, nachdem ihm auf militärischen Befehl hin keine Bluttransfusion gegeben wurde. Gemeinsam versuchten die Mütter, die Familien weiterer Opfer zu finden und ihre Namen zu veröffentlichen. Nicht ohne Schwierigkeiten, denn das Regime übte weiterhin Druck aus. Seit 1989 stehen Ding Zilin und ihr Mann unter ständiger Beobachtung. Die Beschwerde, die Ding Zilin gegen den damaligen Premierminister Li Peng einreichte, dem sie die Verantwortung für Hunderte von Todesfällen zuschreibt, führte dazu, dass sie von der Universität und von der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde; mehrmals wurde sie unter Bewachung aus Peking vertrieben.

Die Geister des 4. Juni Ähnliche Belästigungen erleben die anderen Mütter, die sich davon aber nicht entmutigen lassen. Trotz Telefonüberwachung wagen sie es, ausländische Medienanfragen zu beantworten und mit exilierten chinesischen DemokratInnen zu telefonieren. Seit 1996 richten sie jedes Jahr einen offenen Brief an die Nationalversammlung, in welchem sie eine öffentliche Untersuchung der Repression verlangen wie auch das Recht, in der Öffentlichkeit der Toten zu gedenken. Ausserdem sollen die Verantwortlichen verurteilt werden und die Ereignisse Eingang in die Geschichtsbücher finden.

Im vergangenen Jahr zitierten die Mütter in ihrem offenen Brief den Staatspräsidenten Xi Jinping mit seinen eigenen Worten: «Am Ende unseres Lebens hoffen wir, die Rehabilitierung unserer Lieben vor unserem Tod zu erleben. Wir fordern Wahrheit, Verantwortlichkeit und Entschädigung für die Familien der Opfer.» Viele dieser Forderungen an die Behörden sind auf ihrer Website veröffentlicht und natürlich in China zensiert – aber in anderen Teilen der Welt sind sie zugänglich.

Peking gefiel es gar nicht, als die Welt erfuhr, dass der 1993 kurzzeitig entlassene Dissident Wei Jingsheng seinen ersten Besuch Ding Zilin abgestattet hatte. Im Jahr 2010 war es der Schriftsteller Liu Xiaobo, der in einer Botschaft, die er aus dem Gefängnis nach Stockholm schickte, seinen Friedensnobelpreis Ding Zilin und den «Geistern des 4. Juni» widmete.



# 30 Jahre Tiananmen-Massaker

Vor 30 Jahren sind Hunderte, wenn nicht sogar Tausende Demonstrierende ums Leben gekommen, als die chinesische Regierung den friedlichen Protest brutal niederschlug.

Hunderttausende Chinesen und Chinesinnen, allen voran Studierende, lehnten sich 1989 gegen die kommunistische Diktatur auf. Sie besetzten den Tiananmen-Platz in Peking und forderten Freiheit und Demokratie. Am 3. und 4. Juni 1989 löste die Armee die studentischen Proteste gewaltsam auf. Das berühmte Foto vom «Tank Man» ist seither zum Symbolbild für das damalige Massaker geworden: Ein Mann, zwei Einkaufstüten in der Hand, steht am 4. Juni 1989 allein auf dem Platz vor einer anrollenden Panzerkolonne. Er hebt die Hand, und für einen kurzen Moment stoppen die Panzer. Der Mann wurde schliesslich von anderen Demonstrierenden weggezogen. Ob und wie viele Menschen auf dem Tiananmen-Platz selbst getötet wurden, ist bis heute ungeklärt. In anderen Teilen der Stadt seien gemäss einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 1990 zwischen mehreren Hundert und mehreren Tausend Menschen umgekommen. Presseberichte, die sich auf Ouellen im chinesischen Roten Kreuz beriefen, nannten 2600 Tote unter den Aufständischen und dem Militär und rund 7000 Verletzte im Laufe der Woche in ganz Peking.

Die Regierung hat bis heute keine Verantwortung für die während des Militäreinsatzes begangenen Menschenrechtsverletzungen übernommen, und es wurde keiner der damals Verantwortlichen je zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die chinesischen Behörden zensieren weiterhin systematisch jede Bezugnahme auf das Vorgehen des Militärs und schikanieren, unterdrücken und verfolgen Personen strafrechtlich, die der Opfer der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz gedenken.

In den Wochen vor dem 30. Jahrestag der Niederschlagung der Tiananmen-Proteste haben chinesische Behörden Dutzende AktivistInnen bedroht, inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt, um ein öffentliches Gedenken zu verhindern. So wurde unter anderem auch Ding Zilin wieder dazu gezwungen, Peking zu verlassen und in ihre mehr als 1100 Kilometer entfernte Heimatstadt zu reisen.

AMNESTY August 2019

Chinas Führung plant, bis 2020 alle grösseren Plätze des Landes mit Kameras zur Gesichtserkennung auszustatten. Die Daten fliessen in ein ausgefeiltes System sozialer Kontrolle.

Von René Raphaël und Ling Xi, Rongcheng



# Der dressierte Mensch

An einer ruhigen Strasse in der Nähe des Volkskrankenhauses Nr. I in Hangzhou steht eine alte Frau auf dem Trottoir. Als sich ein Mittelklassewagen nähert, wirft sie sich auf die Kühlerhaube, springt hoch, setzt sich dann auf den Boden und rührt sich nicht mehr. Der junge Fahrer steigt zitternd aus seinem Auto. Eine Stunde lang wird verhandelt. Am Ende einigt man sich auf eine Entschädigung.

Bei dem Vorfall handelt es sich um einen vorgetäuschten Unfall, auf Chinesisch «peng ci». Wörtlich übersetzt heisst dies «Porzellan anfassen», gemeint ist ein Erpressungsversuch. In den sozialen Medien wimmelt es nur so von «pengci»-Videos, manche sind eher witzig, viele dramatisch. Aufgrund von Betrügereien aller Art, Skandalen um Lebensmittel und gefälschte Produkte sind Massnahmen gegen Tricksereien daher hochwillkommen. Ein guter Zeitpunkt also, um ein sogenanntes Sozialkreditsystem für vorbildliches Betragen einzuführen.

Belohnen und bestrafen | Seit Sommer 2018 stehen die Worte «Ehrlichkeit» («cheng») und «Glaubwürdigkeit» («xin») ganz gross auf den Propagandaplakaten, mit denen das Sozialkreditsystem beworben wird. Staatliche und private Stellen sammeln Daten zur Bewertung von BürgerInnen, FunktionärInnen, Unternehmen und ganzen Branchen. Ziel ist es, die Guten zu belohnen und die Schlechten zu bestrafen.

Zu den Entwicklern des Punktesystems zählt der Pekinger Forscher Lin Junyue. Er bestreitet, dass es schon jetzt für jeden Bürger und jede Bürgerin einen Punktestand gebe: «So weit sind wir noch nicht, auch wenn wir über die gewöhnliche Bonitätsprüfung hinausgehen. Im Laufe der Zeit werden alle Arten von Informationen über eine Person oder eine Organisation gesammelt. Damit können vor allem unbescholtene Bürger oder Firmen, die bislang keine Nachweise über ihre Solvenz erbringen konnten, dank neuen Kriterien Kredite bekommen, sich auf Ausschreibungen bewerben und viele andere Dinge mehr.»

Das Sozialkreditsystem wird bis 2020 in 43 Pilotgemeinden erprobt. Fast alle sammeln Informationen über soziale Netzwerke oder Smartphone-Apps, nutzen aber auch eine zunehmend ausgefeiltere Videoüberwachung. Im Zuge des Programms «Himmelsnetz» sollen bis 2020 alle grösseren städtischen Plätze mit Kameras zur Gesichtserkennung ausgestattet werden.

«Ein Gefühl der Sicherheit ist das beste Geschenk, das ein Land seinen Bürgern machen kann», erklärte Präsident Xi Jinping in einer Dokumentation des Nationalfernsehens im Vorfeld des 19. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2017. Im Film hiess es, fast jede zweite Überwachungskamera weltweit stehe in China.

**1000 Punkte Startguthaben** Willkommen in Rongcheng, einem Ort, der ursprünglich für Fischerei und Wohnwagenfirmen bekannt war. Bei unserem Besuch fällt auf, dass der Park rund um das Bürgeramt am Spätnachmit-

18 AMNESTY August 2019



Alles im Blick: Überwachungsbild einer Softwarefirma in Peking.

tag fast verlassen ist. Ein altes Paar erklärt uns den Grund: «Jetzt läuft im Fernsehen gerade «Das Leben des Volkes in 360 Grad», und die meisten Leute schauen sich das an.» Täglich sendet das Lokalfernsehen eine Zusammenstellung aller Fehltritte, die innerhalb der vorangegangenen 24 Stunden von den Überwachungskameras aufgezeichnet wurden. In Rongcheng wurde das Sozialkreditsystem 2013 eingeführt. Die Folge war ein merkbarer Wandel im Verhalten und in den sozialen Interaktionen.

Alle Einwohner bekamen zu Beginn ein Guthaben von 1000 Punkten und lagen damit automatisch in der Kategorie A. In der Folge konnten sie entweder Punkte gewinnen und in die Kategorie A+ aufsteigen oder Punkte verlieren und in die Kategorien B, C oder D abrutschen. Schon mit dem Verlust eines Punkts, also bei einem Kontostand von 999, war Kategorie B erreicht, was bedeutet, dass man von der Bank keinen Immobilienkredit mehr erhält. Wer Müll auf der Strasse liegen lässt, büsst drei Punkte ein. Deshalb sind die Busse und Trottoirs extrem sauber, man sieht nirgendwo eine Zigarettenkippe oder eine leere Getränkedose herumliegen. Zahlreiche Überwachungskameras ersetzen die Streifenpolizei.

In vielen Stadtvierteln wurden Verhaltensregeln aufgestellt und von den AnwohnerInnen unterzeichnet. Die wichtigsten Verbote betreffen erotische Filme oder Bücher, Urban Gardening im öffentlichen Raum, den Besuch unregistrierter Kirchen, den rüden Umgang mit NachbarInnen und das Posieren in Luxuswagen bei Hochzeiten oder Begräbnissen.

Graffiti geben Abzug In den Dörfern ist die Wirksamkeit des Sozialkreditsystems noch stärker sichtbar. In Dongdao Lu Jia, einem hübschen Örtchen mit frisch asphaltierten Gassen, erhielten die EinwohnerInnen im Juli 2018 ein zwölfseitiges Verzeichnis aller verdienstvollen oder unerwünschten Tätigkeiten. Darin heisst es, dass man einen Punkt bekommt, wenn man zum Beispiel die Obstbäume des Nachbarn schneidet, ein Auto aus dem Graben zieht oder einen alten Menschen ins Krankenhaus oder auf den Markt begleitet. Wer hingegen seine Hühner frei herumlaufen lässt, muss 200 Yuan Strafe zahlen und verliert zehn Punkte. Eine Prügelei kostet 1000 Yuan und zehn Punkte. Für regierungskritische Graffiti oder Aufkleber sind 1000 Yuan und 50 Punkte fällig. Die höchste Strafe erhalten diejenigen, die sich direkt auf höherer Ebene beschweren, ohne zuvor den Dorfvorsteher zu konsultieren: 1000 Yuan Strafe und sofortige Herabstufung in Kategorie B.

Der 64-jährige Liu Jian Yi hat viele Jahre auf verschiedenen Baustellen im ganzen Land gearbeitet, jetzt wohnt er wieder in dem grauen Steinhaus, in dem er geboren wurde. «Ich habe gerade den Kamin eines Nachbarn repariert. Wenn ich das unserem Parteichef melde, mein Freund es bestätigt und ein Foto vorlegt, dann müsste ich einen Punkt bekommen.»

Durchs Nachbardorf Ximu Jia mit seinen 250 Einwohnern fliesst ein Fluss. Ein Häuschen, das von glitzernden Scherben umgeben ist, trägt auf dem Betondach ein grosses rotes Kreuz. Es handelt sich um die protestantische Kirche. Eine untersetzte Frau mit Kurzhaarschnitt erscheint auf der Schwelle. Über ihrer Tür hängt ein Emailleschild mit der Aufschrift: «Familie mit vorbildlichem Sozialkredit».

Frau Mu räuspert sich und erzählt: «Das ist jetzt drei Jahre her. Beamte haben den Ostteil des Dorfs ausgezeichnet – ohne bestimmten Grund. Dieses Jahr wurde es ernster. Wir bekamen alle ein Büchlein, in dem stand, was man zu tun und zu lassen habe, es war wie in der Schule. Dazu die Kontaktadresse der Stelle, der wir unsere guten Taten berichten und dafür Punkte einfordern sollten.»

Ihr Name steht nicht auf der aktuellen Liste der guten SamariterInnen, die im Hof des Gemeindezentrums hängt. «Ich bin noch nicht so weit, dass ich sie anrufe, nur weil ich meiner Nachbarin geholfen habe.» Sie flüstert: «Ich habe eine Freundin, deren Mann einen Kredit nicht pünktlich zurückgezahlt hat. Er hat nur einen Monat ausgesetzt und kam auf eine schwarze Liste. Alle Nachbarn wussten Bescheid. Das hat vielleicht nichts miteinander zu tun, aber sie haben sich dann getrennt.»

Dieser Text ist zuerst erschienen in: «Le Monde diplomatique» (Hg.), LMd vom 10.01.2019, Berlin (taz Verlag) 2019, «Der dressierte Mensch» von René Raphaël und Ling Xi. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.



# Im Land der unsichtbaren Lager

In der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang sind muslimische Menschen systematischen Demütigungen, Strafen und Folter ausgesetzt. Viele haben sich im Zuge der Diskriminierung radikalisiert.

Von Felix Lee aus Kashgar

Wo noch vor Kurzem die HändlerInnen ihre Waren ausgerufen haben, wo Damen mit Kopftuch wählerisch von Stand zu Stand gezogen sind, um sich Seidenschals oder Mäntel aus Yakwolle auszusuchen, und wo die Wirte von Garküchen ihre Lammspiesse auf dem offenen Grill gebraten haben, herrscht heute weitgehend Grabesstille.

Nur wenn Gruppen von Uniformierten durch die mehr als 2000 Jahre alte Altstadt von Kashgar patrouillieren, wird es laut. «Sicherheitstruppe» steht auf den Armbinden der zumeist jungen, mit Gewehren bewaffneten Männer; ihre Abzeichen weisen sie als Mitglieder der Polizei aus. Fast alle von ihnen sind ethnische Chinesen, nur wenige Uiguren.

Die Polizisten haben es auf alle abgesehen, die auch nur vage muslimisch wirken. Vor allem Männer mit Bärten müssen alle paar Meter ihren Ausweis vorzeigen. Die Polizisten durchwühlen ihre Taschen und tasten sie ab. Denn in der ganzen Region im Nordwesten Chinas gelten Sondervollmachten, seitdem im März 2017 die Verordnung zur Entradikalisierung in Kraft trat, die öffentliche und private Zurschaustellung einer religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit als extremistisch einstuft. Das Tragen eines Schleiers oder eines Kopftuchs sowie regelmässige Gebete oder der Besitz von Büchern über den Islam oder die uigurische Kultur reichen bereits aus.

Allgegenwärtige Polizeipräsenz Deshalb ist nicht nur in Kashgar, sondern auch in den anderen Städten Xinjiangs die Polizei allgegenwärtig. Ob in Aksu, Turfan, Hami oder in der Provinzhauptstadt Urumqi – alle paar Hundert Meter hat das Militär Kontrollpunkte errichtet. Panzerfahrzeuge rollen auf den Strassen.

Ausländische Medienschaffende sind in der Provinz Xinjiang nicht willkommen. Das geht nicht so sehr von den UigurInnen aus. Sie beobachten die Fremden interessiert, trauen sich aber nicht, sie anzusprechen. Schnell würden sie

Felix Lee ist China-Korrespondent in Peking.

Sicherheitskräfte vor einer Einrichtung, die offiziell als «Berufsbildungszentrum» gilt, im Bezirk Huocheng in Xinjiang. Die hohen Zäune des Zentrums sind mit Propaganda-Bannern versehen, das Eingangstor mit grossen Fotopostern.

auf einer schwarzen Liste der Regierung landen, berichtet ein Uigure, der sich Ahmed nennt und doch redet. Wer auf dieser Liste stehe, erhalte Besuch von der Militärpolizei, erzählt er – oder werde gleich festgenommen. Die Behörden geben JournalistInnen zu verstehen, sie mögen verschwinden. Eine halbe Stunde nach dem Check-in in einem Hotel erscheinen Beamte der Staatssicherheit und fragen, was man hier zu suchen habe.

Peking glaubt, sich das leisten zu können. Xinjiang ist flächenmässig 40 Mal so gross wie die Schweiz, zählt aber gerade mal rund 20 Millionen EinwohnerInnen – für chinesische Verhältnisse ist das wenig. Xinjiang war lange Zeit mehrheitlich von UigurInnen bewohnt, einem turksprachigen Volk muslimischen Glaubens in Zentralasien. Doch inzwischen bilden zugezogene Han-ChinesInnen die Mehrheit in der Provinz. Und das ist auch Kern des Konflikts: Von den uigurischen Menschen werden sie als Besatzer wahrgenommen, die sie zur Minderheit auf eigenem Boden machen.

Die in Xinjiang lebenden Han-ChinesInnen wiederum sehen in den UigurInnen eine vom Separatismus durchsetzte, rückständige Minderheit, die sich jeder Entwicklung verweigert. Als «kulturlos» bezeichnet ein junger Han-chinesischer Taxifahrer in der Provinzhauptstadt Urumqi die UigurInnen. Nur ihre Lammspiesse – die seien lecker.

Xinjiang müsse wirtschaftlich entwickelt werden, lautete in den vergangenen Jahren das Rezept der Zentralregierung in Peking, um die Unruheprovinz zu befrieden. In Chinas Plänen für eine Wiederbelebung der Seidenstrasse soll Xinjiang eine zentrale Rolle spielen.

Dass sich viele UigurInnen im Zuge der Diskriminierung durch die Zentralbehörden radikalisiert haben, ist unbestritten. Tatsächlich gab es Anschläge wie den von 2014 etwa, als uigurische Angreifer in der Stadt Kunming 31 Menschen erstachen. Ein Jahr zuvor raste eine uigurische Familie mit einem Geländewagen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking in eine Menge; mehrere Menschen kamen ums Leben. Die chinesische Führung will deshalb sogar eine Verbindung zwischen uigurischen SeparatistInnen und dem globalen Dschihad ausgemacht haben. 2016 übergab ein IS-Überläufer der US-Regierung eine Liste ausländischer Rekru-

ten, 114 davon kamen aus Xinjiang. Anlass genug für die Führung der Kommunistischen Partei, die systematische Unterdrückung Hunderttausender UigurInnen auszuweiten.

Gehirnwäsche und Folter Auch wenn genaue Zahlen nicht bekannt sind, geht Amnesty International davon aus, dass die chinesischen Behörden seit 2018 bis zu einer Million UigurInnen in Internierungs- und Umerziehungslager eingewiesen haben. Ein lokaler Sicherheitschef bestätigte, dass zeitweise «ungefähr 12000» Menschen in der Stadt «interniert» gewesen seien. «Die Massenhaftzentren sind Orte der Gehirnwäsche, Folter und Bestrafung», sagt Nicholas Bequelin, Ostasien-Experte bei Amnesty International. «Eine Textnachricht an Familienangehörige im Ausland kann zur Inhaftierung führen. Das zeigt, wie grotesk, ungerechtfertigt und absolut willkürlich das Vorgehen der chinesischen Behörden ist.»

Offiziell bestreitet die chinesische Regierung die Existenz der Umerziehungslager, doch inzwischen liegen Dutzende Zeugenaussagen von Familienangehörigen vor, die diese bestätigen. Ein entlassener Häftling etwa berichtete, er habe so lange nichts zu essen bekommen, bis er sich bei Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping bedankt habe. Die Häftlinge müssten mehrstündige Unterrichtseinheiten über sich ergehen lassen. Wer ideologisch falsch antworte, müsse stundenlang an einer Wand stehen. Auch über Isolationshaft und schwere Folterungen wird berichtet.

Gründe für eine Inhaftierung können religiöse Ansichten sein, Unkenntnis der chinesischen Nationalhymne oder Fragen nach dem Verbleib vermisster Angehöriger. Umerziehungslager unterliegen nicht dem geltenden Recht. Die Festnahmen gehen ganz allein auf Befehle der KP-Funktionäre zurück. China hatte die Lager 2015 offiziell für abgeschafft erklärt. In Xinjiang heisst es nun aber: Ideologische Veränderungen seien nötig, um gegen Separatismus und islamischen Extremismus vorgehen zu können.

Die schlagen sich auch ausserhalb Kashgars nieder. Vom Stadtrand schlängelt sich der berühmte Karakorum-Highway das Pamirgebirge hinauf zum Tashkurgan-Pass, dem mit 4600 Metern höchstgelegenen Grenzübergang der Welt. Diese Autobahn soll Xinjiang mit Pakistan und Kirgisistan verbinden und einen Transportweg bis nach Europa schaffen – ein zentraler Bestandteil der Neuen Seidenstrasse, in den Hunderte Milliarden Dollar investiert werden.

Auf chinesischer Seite ist auch schon alles fertiggestellt. Und doch ist auch diese Strasse weitgehend leer. Schon 50 Kilometer hinter Kashgar steht eine Polizeikontrolle. Eine Weiterfahrt sei nicht möglich, heisst es seitens der Sicherheitsbeamten. Die Terrorgefahr in dem Gebiet sei zu gross.

# "Das System hat viele Risse"

In China dürfen homosexuelle Beziehungen in den Medien nicht positiv gezeigt werden. Der Filmemacher Popo Fan hält sich aber nicht daran und thematisiert die Probleme von Homosexuellen – und deren Eltern – in seinen Werken. Interview von Hannah El-Hitami

### ▶ AMNESTY: Wie sind Sie zum Film gekommen?

◀Popo Fan: Ich wurde Filmemacher, weil ich sehr schlecht in Mathematik war. Ich hörte, dass man nicht rechnen können muss, um Kunst zu studieren. Ich bewarb mich also an der Filmschule und wurde angenommen. Anfangs war ich mir unsicher, ob mich das überhaupt interessierte. Dann merkte ich, dass viele meiner Kommilitonen sehr homophob waren und dass sie ihre Meinung änderten, nachdem ich ihnen queere Filme gezeigt hatte. Nach ein paar Jahren erkannte ich, dass man mit Filmen Menschen auf ästhetische Weise erreichen und einander näherbringen kann. Deshalb entschied ich mich, aktivistische Filme zu drehen.

- ▶ Welchen Herausforderungen sehen sich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Intergeschlechtliche sowie trans Menschen in China gegenüber?
- ◄ Lesben sind als Homosexuelle und als Frauen in der Gesellschaft marginalisiert, sie führen also einen doppelten Kampf.
  Für schwule Männer stellen HIV und Aids eine grosse Bedrohung dar. Bisexuelle wiederum werden gar nicht wahrgenommen, weder von der Mehrheitsgesellschaft noch von der
  LGBTI\*-Community. Trans Menschen erfahren sowohl in
  der Familie als auch am Arbeitsplatz Diskriminierung, und
  Intergeschlechtliche sind in China völlig unsichtbar.
- ▶ In China ist es verboten, homosexuelle Beziehungen positiv in den Medien darzustellen. Wie kann es da sein, dass in Peking seit 2001 das Queer Film Festival stattfindet?
- ◆ Das System hat viele Risse, in denen man sich ausbreiten kann. Und das Queer Film Festival spielt Jahr für Jahr ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden: Die Organisatoren müssen schlaue Umwege finden, um die Veranstaltung zu

»Das Queer Film Festival spielt Jahr für Jahr ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden.»

bewerben, ohne dass es bedrohlich wirkt. Fast immer in den vergangenen zehn Jahren wurden Aktivitäten im letzten Moment gestoppt, weil es Probleme gab. Manchmal mussten die Veranstaltungsorte gewechselt und die Filme an versteckten Orten gezeigt werden. Das ist schade, denn dadurch werden Kräfte gebunden, die eigentlich für die Filme und die Gäste gebraucht würden. Doch es berührt mich sehr, dass meine Freunde und Kollegen trotz allem weitermachen.

### ▶ Führen diese Einschränkungen nicht zu Selbstzensur?

◆Wir hören oft aus der LGBTI\*-Community: Schwulenfilme zu zeigen, ist illegal, wisst ihr nicht, dass das verboten ist? Aber was sollen wir tun? Niemand wird diese Filme freiwillig legalisieren. Ich habe Freunde, die auf schwarzen Listen der Behörden stehen und überwacht werden. Sie werden deshalb zu bestimmten Veranstaltungen nicht mehr eingeladen. Das ist auch eine Art von Selbstzensur. Ich verstehe die Kritik. Denn wir wurden in China dazu erzogen, die Finger von der Politik zu lassen, da das gefährlich sei. Das hat dazu geführt, dass Menschen sich nicht einmischen wollen, sondern sich lieber verstecken.

# ▶ Wie gehen die Behörden vor, um Veranstaltungen zu stören?

- ◀Indem sie nicht mit uns direkt sprechen, sondern mit den Besitzern der Veranstaltungsorte. Das sind Geschäftsleute, die Angst vor den Behörden haben und die unter Druck gesetzt werden, ihre Lokale nicht mehr zu vermieten. Seit zwei Jahren findet das Festival im Institut Français statt. Dort ist es relativ sicher, aber auch darauf kann man sich nicht verlassen.
- ▶ In einem Ihrer Filme stellen Sie ein Fotoshooting mit zwei Bräutigamen und zwei Bräuten auf einem öffentlichen Platz nach. Wie reagieren PassantInnen auf solche Szenen?
- ◄ Meist freundlich, manche wünschen den Paaren sogar alles Gute. Aber wenn wir sie dann fragen, was sie fühlen würden, wenn Mitglieder ihrer eigenen Familie homosexuell wären,

22



sprechen sich viele dagegen aus. Das hat mich dazu inspiriert, die Filme «Mama Rainbow» und «Papa Rainbow» zu machen, in denen es um die Eltern von Homosexuellen geht.

### ▶ Warum spielen Eltern eine so zentrale Rolle in Ihren Filmen?

◆ Die Familie ist in ostasiatischen Ländern sehr wichtig. Nach dem konfuzianischen Glauben steht ihr Erhalt ganz oben in der Werteordnung – weshalb auch der Fortpflanzung in chinesischen Beziehungen viel Bedeutung beigemessen wird. Nicht nur Homosexuellen, sondern auch Ehepaaren, die keine Kinder haben möchten, bereitet diese Haltung Probleme. Zugleich wächst die Akzeptanz: So habe ich mit vielen Menschen gesprochen, die meine Filme ihren Eltern gezeigt haben. Sie berichten, ihren Eltern sei es danach leichter gefallen, die Homosexualität ihrer Kinder zu verstehen, weil sie in den Filmen andere Eltern sahen, die sie akzeptierten. Sie sahen, dass Homosexualität in der chinesischen Gesellschaft existiert.

### ▶ Das Problem ist oft Unwissen?

- ∢Ja. Im Fernsehen und in anderen Medien sind Homosexuelle nicht zu sehen; Homosexualität wurde ja erst 1979 entkriminalisiert. Unsere Eltern wuchsen also mit null Informationen über LGBTI\* auf. Oder sie haben nur ein paar wenige Informationen aus den Medien, die LGBTI\* stigmatisieren.
- ▶ Sie leben in Berlin. Mit welchen Vorurteilen sind Sie in

Der 1985 im ostchinesischen Jiangsu geborene Filmemacher lebt seit 2017 in Berlin. In den 2000er-Jahren begann er, Dokumentarfilme über Chinas LGBTI\*-Szene zu drehen. Nachdem «Mama Rainbow» 2015 von mehr als einer Million NutzerInnen im Internet angeklickt worden war, verbot die Zensur den Film – wogegen Popo Fan Klage einreichte. Zurzeit arbeitet er an einem Spielfilm über einen schwulen chinesischen Künstler in Berlin.

# Deutschland konfrontiert?

◄ Ich werde häufig nicht gefragt, wie die Situation für Queere und Homosexuelle in China ist, sondern direkt, ob sie schlimm ist. Dabei hat jede Situation viele verschiedene Ebenen – wie ein Film. Wenn man fragt, ob ein Film gut oder schlecht war, lässt sich das auch nicht in einem Wort zusammenfassen. Doch vielen fehlt die Geduld, länger zuzuhören. Und Filmfestivals in Europa zeigen oft nur LGBTI\*-Filme aus China, die Tragödien sind. Einen ostasiatischen Queer-Film mit Happy End sieht man hingegen fast nie. Dabei hat sich die Situation schon sehr verbessert. Aber das will das westliche Publikum nicht sehen.

### ▶ Wird Ihr neuer Film ein Happy End haben?

◆ Es wird eine Mischung aus fröhlich und traurig. Ich bin ja nicht gegen Tragödien generell, aber die Auswahl sollte schon etwas diverser sein. Deshalb brauchen wir auch queere Komödien aus Regionen wie Ostasien.

23

AMNESTY August 2019



# «Es ist surreal»

Jair Bolsonaro sparte während seines Wahlkampfs nicht mit menschenrechtsfeindlicher Rhetorik. Nun setzt der brasilianische Präsident seine Worte in die Tat um. Bereits eine Reihe von Massnahmen richten sich gegen benachteiligte Bevölkerungsgruppen und soziale Bewegungen. Die Frauenrechtlerin Ludmilla Teixeira gibt Auskunft darüber, was ihr Angst macht – und wo sie einen Hoffnungsschimmer sieht. Interview: Nadia Boehlen

24

**Protest in São Paulo** gegen eine Rentenreform der Regierung Bolsonaro.

▶ AMNESTY: Die Wahl Trumps in den USA führte zu einer grösseren Mobilisierung von sozialen Bewegungen. Sehen Sie in Brasilien ähnliche Geschehnisse seit Bolsonaros Wahl?

Ludmilla Teixeira: Ja, es hat sich Widerstand gebildet. Verschiedene Bewegungen organisieren sich, etwa die indigenen Gruppen. Und wir sehen einen Anstieg des Frauenanteils in der Politik. 2014 gab es 58 weibliche Abgeordnete, dieses Jahr sind es 77. Von diesen Frauen sind 27 in der Opposition zur Regierung von Bolsonaro. Sie kämpfen insbesondere gegen die Reform der Sozialversicherungen. Dazu gehören Joênia Wapichana, die erste indigene Frau, die in Brasilien ins nationale Parlament Einzug hielt, und Erica Malunguinho, die erste trans Frau, die am 7. Oktober 2018 ins Parlament von São Paulo gewählt wurde.

# ► Gegen was genau kämpfen die Indigenen?

◆ Von grosser Bedeutung ist derzeit, ob die landwirtschaftliche Nutzfläche ausgeweitet wird. Bolsonaros Politik zielt darauf ab, die Zuteilung von Land an die indigene Bevölkerung zu ändern. Er beabsichtigte, der zuständigen Behörde Funai die Aufgabe der Landzuteilung für indigene Gruppen zu entziehen. Glücklicherweise ist dieser Versuch gescheitert. Der Präsident verschob die Zuständigkeit für Landabgrenzungen zwar zum Landwirtschaftsministerium. Nach einer Entscheidung eines Kongressausschusses, der die Verwaltungsreformen der neuen Regierung analysierte, wurde die Aufgabe der Landzuteilung jedoch schliesslich an Funai zurückgegeben. Es wäre katastrophal gewesen, wenn ein für das Agrar-Business zuständiges Ministerium über die Abgrenzung von indigenem Land hätte entscheiden können. Es sei daran erinnert, dass die indigene Bevölkerung aus Sicht der Grundbesitzer ein Hindernis bei der Abholzung im Amazonasgebiet darstellt.

# ▶ Übt die Regierung von Bolsonaro Druck auf die sozialen Bewegungen aus?

▶ Im Vorfeld der Olympischen Spiele hatte die damalige Präsidentin Dilma Roussef ein Anti-Terror-Gesetz für Orte mit grossen Sportveranstaltungen erlassen. Die Regierung nutzt derzeit dieses Gesetz, um soziale Bewegungen zu kriminalisieren. Diese Kriminalisierung richtet sich vor allem gegen die Landlosen-Bewegung, die für eine dringend notwendige Agrarreform kämpft, und gegen die Obdachlosen-Bewegung. Diese Bewegungen sollen mit rechtlichen Mitteln in die Illegalität gedrängt werden.

# ▶ Der Plan zur Bekämpfung von Kriminalität ist äusserst problematisch im Hinblick auf Polizeigewalt...

■ Justizminister Sérgio Moro, der als Richter den ehemaligen Präsidenten Lula verurteilt hat, hat ein Anti-Kriminalitäts-Paket geplant, das 14 Punkte des Strafgesetzbuches ändern wird. Das Paket setzt arme und schwarze Bevölkerungsgruppen einem lebensbedrohlichen Risiko aus, denn die Kriterien für den Einsatz von Schusswaffen zur Selbstverteidigung werden gelockert. Mit der Reform werden Polizeibeamte rechtlich eine Lizenz zum Töten erhalten. Als ob die aktuelle Situation nicht schon schlimm genug wäre! Die Polizeikräfte Brasiliens gehören weltweit zu jenen, die am häufigsten töten. Wir, die Schwarzen Brasiliens, sind die Hauptziele von Polizei und Armee, und wir leben derzeit in einem Klima der Angst, der Angst, nicht

zu wissen, inwieweit unsere Sicherheit und körperliche Integrität erhalten bleiben. Vor Kurzem durchsiebten Soldaten in Rio de Janeiro ein Auto mit mehr als 80 Kugeln. Darin sassen fünf Mitglieder einer Familie, darunter zwei Kinder. Die Soldaten dachten, es handle sich um Diebe. Der Fahrer, der Musiker Evaldo Rosa, starb auf der Stelle. Sein Schwiegervater, der auf dem Beifahrersitz sass, wurde verletzt, und ein Fussgänger, der versuchte, ihnen zu helfen, wurde ebenfalls erschossen. Der Präsident hat die Sache heruntergespielt.

# ▶ Die Ernennung von Damara Alves zur Ministerin für Menschenrechte, Familie und Frauen ist ebenfalls besorgniserregend.

◀ Ja, es ist beschämend, dass dieser Posten an eine evangelikale Pastorin geht, die glaubt, dass Frauen Männern unterworfen sein sollten oder dass Homosexuelle «geheilt» werden können. Es ist surreal. Die Anliegen der LGBTI\*-Gemeinde kommen in den Plänen des Ministeriums nicht mehr vor. Diese Ministerinstellt einen Rückschritt dar für all die Errungenschaften, die Frauen, Schwarze und Indigene in den letzten Jahrzehnten erzielt haben. Es ist, als ob diese Erfolge in Rauch aufgehen würden.

# ► Was bedeutet das Projekt «Vergewaltigungsentschädigung», das die Ministerin vorgeschlagen hat?

◀ In Brasilien ist ein Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung, bei schwerer Missbildung des Fötus oder bei Gefahr für das Leben der Mutter legal. Aber gemäss den Plänen von Damara Alves sollen sich Frauen, die Opfer sexueller Gewalt wurden, um eine «Vergewaltigungsentschädigung» (bolsa estupro)

25

«Wir, die Schwarzen Brasiliens, sind die Hauptziele von Polizei und Armee, und wir leben derzeit in einem Klima der Angst.»

bewerben und ihr Kind nach einer Vergewaltigung behalten. Die Frau erhielte 85 Real pro Monat (ca. 20 Fr., Anm. d. Red.) als Unterhalt. Wenn bekannt ist, wer der Vergewaltiger ist, müsste dieser den Betrag begleichen. Andernfalls wäre es Sache des Staates, zu zahlen. 85 Real sind nicht einmal 10 Prozent des Mindestlohns! Auf Familienthemen spezialisierte Richter gewähren in der Regel mindestens 20 Prozent des Mindestlohns als Alimente für die Mütter. Und wie wird sich die Frau fühlen, wenn sie gezwungen wird, diese «Frucht» der Gewalt anzunehmen? Sollen 85 Real pro Monat den Schmerz nehmen, vergewaltigt worden zu sein?

# ► Wie sieht die Situation der LGBTI\*-Gemeinschaft aus?

■ Bolsonaro hat seine Meinung über LGBTI\*-Menschen mehrmals mit Allgemeinplätzen zum Ausdruck gebracht. Es ist daher nicht verwunderlich, dass ihm die Bevölkerung folgt. Homophobe Demonstrationen haben zugenommen, und es gibt wieder mehr Gewalt gegen LGBTI\*. Eine aktuelle Studie der Organisation «Geschlecht und Zahlen» (Gênero e Número) belegt dies. 51 Prozent der befragten LGBTI\* wurden in der zweiten Jahreshälfte 2018 mindestens einmal angegriffen. 99 Prozent der Befragten gaben an, dass sie im aktuellen Umfeld Angst haben. Seit Juli 2018 gibt es ausserdem 85 Berichte über Morde an LGBTI\*-Personen.



Indigene Gemeinschaften fürchten, dass ihre Schutzgebiete verkleinert werden.

# ► Auch im Bildungsbereich wurden beunruhigende Reformen vorgeschlagen.

→ Bildungsminister Abraham Weintraub hat beschlossen, die Mittel für drei öffentliche Universitäten, die angeblich für «politische Unruhen» sorgen, um 30 Prozent zu kürzen: die Bundesuniversitäten Brasilia (UnB), Rio de Janeiro (UFF) und Bahia (UFBA). Diese Universitäten gelten jedoch als die besten des Landes. Kurz darauf wurde die Massnahme auf alle staatlichen Universitäten ausgedehnt. Diese Budgetkürzungen zielen buchstäblich darauf ab, die akademische Gemeinschaft zu knebeln und jegliches kritische Denken zu unterbinden.

# ► Gibt es eine Bereitschaft zur systematischen Unterdrückung von Minderheiten

Während des Wahlkampfs für die Präsidentschaftswahlen in Brasilien startete **Ludmilla Teixeira** die Bewegung Mulheres unidas contra Bolsonaro («Gegen Bolsonaro vereinte Frauen»). Mit dem Slogan #elenão (nicht er) mobilisierte die Bewegung 4 Millionen Frauen gegen die Wahl des rechtsextremen Kandidaten.

# und von progressiven Kräften, die sie unterstützen?

◀ Ja, der Angriff ist systematisch. Gegen Minderheiten, Denker, Aktivisten, Indigene... Letztere sind auch die wichtigsten Bewahrer unserer Biodiversität. Die Sozialpolitik und die Arbeitnehmerrechte sollen untergraben werden. Jean Whyllys (Anm. d. Red.: ein offen schwul lebender linker Politiker, der im Januar ins europäische Exil ging) war einer der ersten, die von der neuen Regierung angegriffen wurden. Die Regierung hat versucht, sein Image mit Lügen und Fake News zu zerstören. Whyllys erhielt Todesdrohungen. Die sozialdemokratische Abgeordnete Renata Souza ist das Ziel von Rio de Janeiros rechtem Gouverneur Wilson Witzel, der kürzlich an Bord eines Hubschraubers war mit Polizisten, die Menschen aus diesem Hubschrauber heraus erschossen. In diesem Klima befürchten wir ein neues Attentat wie jenes, dem die Politikerin Marielle Franco zu Opfer fiel, und in welches wohl Leute aus Bolsonaros Gefolge verwickelt waren.

# Der Spion in der Hosentasche

Repressive Regierungen nutzen heute auch Software, um unliebsame Medienschaffende und MenschenrechtlerInnen zu überwachen. So geraten diese in Gefahr, wie die Angriffe auf WhatsApp zeigen. Im Fokus steht die Firma NSO. Von Julie Jeannet

Am 13. Mai wurde die virtuelle Welt aufgeschreckt: Die «Financial Times» deckte auf, dass die Applikation Whats-App gehackt worden war; damit waren die Daten von eineinhalb Milliarden Benutzerinnen und Benutzern gefährdet. Die Wirtschaftszeitschrift vermutet die israelische NSO Group hinter der Software. Dieses Unternehmen sei in der Lage, ein solches Programm zu schreiben, um an die Daten von Smartphones zu gelangen.

Der Angriff fand durch einen schlichten Sprachanruf statt: Selbst wenn die Zielperson den Anruf nicht angenommen hatte, konnte eine Spyware das Telefon infizieren und an die persönlichen Daten auf dem Gerät gelangen - ohne dass der Benutzer oder die Benutzerin etwas davon bemerkte. Gemäss WhatsApp wurden die Geräte von mindestens einem Dutzend Personen durch diese Spyware infiltriert. «Das grosse Problem ist nicht die Zahl der tatsächlich direkt betroffenen Personen, sondern die astronomische Zahl von Menschen, die in der Folge geschädigt werden könnten», sagt Danna Ingleton, verantwortlich für das Thema Technologie und Menschenrechte bei Amnesty International. «Diese Attacke zeigt auch auf, wie weit man zu gehen bereit ist. Früher musste der Benutzer auf einen Link klicken, heute geschieht die Infizierung des Geräts bereits, ohne dass der Besitzer etwas Falsches getan hätte. Es reicht, eine Applikation auf dem Handy installiert zu haben.»

Die NSO Group wies alle Vorwürfe weit von sich, Zweifel bleiben aber beste-

hen. Das IT-Unternehmen war schon in der Vergangenheit in die Kritik geraten wegen Produkten, die an autoritäre Regimes verkauft werden. «NSO verkauft seine Produkte an Regierungen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, und gibt ihnen damit Werkzeuge in die Hand, um Aktivisten und Aktivistinnen zu verfolgen», sagt Danna Ingleton.

Geflügelter Trojaner | Ausgerechnet ein Anwalt in England, der gerade dabei war, eine Klage gegen die NSO Group einzureichen, machte die Entdeckung, dass er von einer Spyware betroffen war. Er war erstaunt, dass er zu seltsamen Tageszeiten via WhatsApp Anrufe von unbekannten Nummern erhielt, und kontaktierte Citizen Lab, ein kanadisches Forschungsinstitut an der Universität Toronto, das sich auf Internetüberwachung spezialisiert hat. Nach einigen Analysen stellten die ForscherInnen fest, dass die Struktur der entdeckten Spionagesoftware der Spyware entspricht, die von der NSO unter dem Namen Pegasus vertrieben wird.

Seit einigen Jahren ist die NSO einer der bevorzugten Ausstatter von autoritären Regimes geworden, die nicht zögern, wenn es darum geht, ihre politischen GegnerInnen aufzuspüren. «Wir entwickeln die besten Technologien, um Regierungen dabei zu helfen, eine breite Palette lokaler und globaler Bedrohungen zu erkennen und zu verhindern», rühmt sich das Unternehmen auf seiner Website weiterhin. Bedrohungen? Mindestens 30 Mitglieder der Zivilgesell-

schaft, darunter ein Researcher von Amnesty International und zahlreiche mexikanische Journalisten, wurden von der Spyware bereits ins Visier genommen. Im Mai leitete Amnesty International denn auch rechtliche Schritte ein, um das israelische Verteidigungsministerium aufzufordern, die Ausfuhrgenehmigung der NSO zu widerrufen.

«Diese Software ist für Medienschaffende sehr gefährlich. Viele nutzen WhatsApp für die Kommunikation mit ihren Informanten; die Überwachung ihrer Telefone kann ihr Leben und das ihrer Quellen gefährden», sagt Avi Asher-Schapiro vom Committee to Protect Journalists (CPJ).

Verhängnisvoller Klick Die NSO Group, ein nördlich von Tel Aviv ansässiges Unternehmen mit rund 600 Mitarbeitenden, hätte es wahrscheinlich vorgezogen, weiterhin im Schatten zu arbeiten. Die Firma wurde 2010 von ehemaligen Mitgliedern des israelischen Geheimdiensts gegründet. Nach dem Mord an Jamal Khashoggi stand die NSO aber plötzlich im Rampenlicht.

Gemäss Citizen Lab gibt es eine Reihe von Hinweisen dafür, dass die Software Pegasus benutzt wurde, um den saudischen Journalisten Omar Abdul Aziz und dessen Umfeld, darunter Khashoggi, auszuspionieren. Im Juni 2018 hatte Omar Abdul Aziz auf einen per SMS erhaltenen Link geklickt, wodurch sein Handy infiziert wurde. Zwei Monate später wurden zwei seiner Brüder und mehrere seiner Freunde in Saudi-Arabien in-



**Homepage der NSO Group:** Technologien für Sicherheit – oder gegen Andersdenkende?

haftiert; am 2. Oktober wurde Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul ermordet. Der in Montreal lebende Omar Abdul Aziz hatte regelmässig mit Khashoggi telefoniert. Er befürchtet, dass er Hunderte von Kontakten in Gefahr gebracht haben könnte, und reichte eine Beschwerde gegen die NSO ein. Das Unternehmen weist jede Beteili-

# Die Schweiz muss den Export einschränken

Im April berichtete die «Financial Times», dass die Credit Suisse – zusammen mit der New Yorker Investmentbank Jefferies – den beiden Gründern der NSO Group ein Darlehen in der Höhe von 510 Millionen US-Dollar für den Erwerb des Unternehmens gewährt hatte. Die Credit Suisse wollte diese Informationen nicht kommentieren.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Schweiz am Handel mit Überwachungsmitteln beteiligt ist. Im Jahr 2013 ergab eine Reihe von Dokumenten der italienischen IT-Firma The Hacking-Teams, die ebenfalls Sicherheits- und Überwachungssoftware an Regierungen verkauft, dass mindestens acht Unternehmen mit Sitz oder mit Tochtergesellschaften in der Schweiz solche Software ins Ausland exportierten. Nach diesen Erkenntnissen hat der Bundesrat 2015 eine Verordnung erlassen, die den Export von Überwachungstechnik vorübergehend einschränkt. Es wird erwartet, dass das Parlament in Kürze über die Aufnahme dieser Vorschriften in das Güterkontrollgesetz (Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, besonderer militärischer Güter sowie strategischer Güter) abstimmt.

gung an der Ermordung des Journalisten zurück, bestreitet aber nicht, mit dem saudischen Regime Geschäfte gemacht zu haben. Laut der israelischen Zeitung «Haaretz» hat die NSO mit Saudi-Arabien im Sommer 2017 einen Vertrag über 55 Millionen Dollar unterzeichnet.

Nach einer detaillierten Analyse von Citizen Lab hat die NSO-Gruppe in 45 Ländern Operationen mit Pegasus am Laufen, gemäss den ForscherInnen war die Schnüffelsoftware auch in der Schweiz aktiv. In 33 dieser 45 Staaten sind die Regierungen potenzielle Kunden. Die NSO rühmt sich der «Bereitstellung von Technologien, die Regierungen bei der Terrorismusprävention unterstützen». Es ist die Definition von Terrorismus, die problematisch ist. Unter den angeblichen Kunden sind sechs bekannt, die die Überwachung zu Strafverfolgungszwecken nutzen: Saudi-Arabien, Mexiko, Marokko, Kasachstan, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Wenn ein Menschenrechtsverteidiger den Preis der Überwachung kennt, dann ist es Ahmed Mansoor. Bereits 2011 wurde der Aktivist aus den Emiraten das Ziel von FinFisher, einer Malware, die Daten von seinem Computer bezog. Ahmed Mansoor wurde daraufhin immer wieder Opfer von Spyware, und 2016 schaffte es auch Pegasus auf seine Geräte. Der Gewinner des Martin-Ennals-Preises von 2015 wurde am 20. März 2017 denn auch verhaftet und in Einzelhaft genommen; im Mai 2018 wurde er zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Behörden warfen ihm vor, falsche Informationen über die Vereinigten Arabischen Emirate veröffentlicht zu haben, die angeblich «die soziale Harmonie und Einheit des Landes untergraben haben». Amnesty International hält ihn für einen Gefangenen aus Gewissensgründen und fordert seit zwei Jahren seine Freilassung. SicherheitsexpertInnen schätzten in einem Artikel des Newsportals Vice, dass ein Programm wie jenes, mit dem der Aktivist aus Abu



**Der Menschenrechtsverteidiger Ahmed Mansoor** war schon mehrmals Opfer von Software-Angriffen.

Dhabi ausspioniert wurde, eine Million Dollar kosten würde.

Moratorium nötig In einem Interview in der US-amerikanischen Sendung «60 Minutes» behaupteten Manager der NSO, sie würden ihre Kunden überprüfen, um möglichen Missbrauch zu verhindern, gaben über das Verfahren aber keine Details preis. Sie sagten, dass Pegasus nie gegen Menschenrechtsverteidiger eingesetzt worden sei, konnten dies aber nicht beweisen.

Am 25. Juni forderte David Kaye, der Uno-Sonderberichterstatter für die Förderung des Rechts auf Meinungsfreiheit, ein Moratorium für den Transfer von Überwachungstechnologien und einen rechtlichen Rahmen für solche Exporte, der menschenrechtskonform sei. Zehn Tage zuvor hatte Novalpina, der britische Investmentfonds und Mehrheitseigentümer der NSO, angekündigt, innerhalb von drei Monaten neue Governance-Regeln im Einklang mit den Uno-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte zu entwickeln. Ermutigende, aber nicht ausreichende Initiativen.

«Wir hoffen auf eine signifikante Veränderung, aber die Aussagen der NSO klingen fragwürdig», sagt Danna Ingleton von Amnesty. «Die Eigentümer des Unternehmens sagen, dass sie sich Sorgen um die Achtung der Menschenrechte machen. Aber die Ausspionierung des britischen Anwalts via WhatsApp zeigt, wie gerade auch gegen diejenigen vorgegangen wird, die sie zur Verantwortung ziehen möchten. Diese Art von Einschüchterung gefährdet den Zugang zur Justiz», sagt sie. Die Anhörung der NSO durch die israelischen Gerichte wird im November stattfinden.

29





Ehemalige Kindersoldaten, die 2009 auf ihre Entlassung aus dem Lager in Dudhauli warten. Sie sollen als Zivilpersonen ein neues Leben beginnen. Eine ehemalige Kindersoldatin hatte die Aufgabe, im Lager in Dudhauli Wache zu schieben (Bild links).

Lenin Bista hatte für die maoistische Guerilla in Nepal gekämpft, nun kämpft er für Gerechtigkeit – für sich und andere, denen dasselbe widerfuhr. Begegnung mit einem ehemaligen Kindersoldaten.

Von Emilie Mathys

# Schwierige Rückkehr ins Zivilleben

enin Bista erscheint fast eine Stunde vor unserem vereinbarten Termin im Amnesty-Büro. Kaum zur Tür hereingekommen, beginnt der 28-Jährige, uns seine Geschichte und über den Zweck seines Aufenthalts in Genf zu berichten: In der Tasche hat er eine von ihm lancierte Petition an das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte, die Gerechtigkeit für die ehemaligen Kindersoldatinnen und -soldaten Nepals fordert.

# Gewalt und Demütigungen

Mit seiner modischen Brille und seinem breiten Lachen fällt es schwer, sich Lenin Bista als eines von Tausenden Kindern vorzustellen, welche die maoistische Guerilla während des nepalesischen Bürgerkriegs als SoldatInnen rekrutiert hatte. Eines Kriegs, in welchem die Monarchie und die Regierung auf der einen Seite und die Kommunistische Partei auf der anderen Seite standen und der von 1996 bis 2006 dauerte. Bista war erst 12 Jahre alt, als er das erste Mal der Rekrutierungssektion der maoistischen Bewegung begegnete. Ihre Botschaft bewegte ihn, die Bewegung sprach vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten an. So schloss er sich ihr als Kämpfer an. Bista wurde dem Nachrichtendienst zugeteilt. «Meine Aufgabe war es, genug Informationen für den nächsten Angriff zu sammeln», erzählt er.

Vier Jahre vergingen, in denen der Junge Opfer von Demütigungen und Gewalt wurde. Nachdem der «nepalesische Volkskrieg» im November 2006

mit einem Friedensabkommen offiziell ein Ende fand, kümmerten sich einzig die Vereinten Nationen um die Reintegration der KindersoldatInnen. «Die Regierung hat uns komplett im Stich gelassen», betont Bista mit Bitterkeit. Der ehemalige Kämpfer wurde in ein von der Uno kontrolliertes Lager geschickt, wo er und andere ehemalige SoldatInnen zwischen der Integration in die nationale Armee und der Entlassung ins Zivilleben wählen sollten. Ein Plan, der von der Regierung mit der offiziellen Begründung abgelehnt wurde, dass Lenin Bista und weitere KindersoldatInnen für Ersteres nicht in Frage kämen, da sie zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensabkommens noch minderjährig gewesen seien.

# Die insgesamt rund 3000 ehemaligen KindersoldatInnen bleiben gesellschaftlich ausgegrenzt; es gibt bislang keine Rehabilitation für sie.

Im Stich gelassen | Lenin Bista stand ohne Jobperspektive da. «Ich hatte vier Jahre Schule verpasst», sagt er, «und somit schlechte Voraussetzungen, um mich wieder in die Gesellschaft einzugliedern und eine Arbeit zu finden.» Von Arbeitslosigkeit seien mehrere Generationen betroffen, ruft Bista in Erinnerung, da auch die erwachsenen ehemaligen KämpferInnen nur schlecht in die Gesellschaft reintegriert und ihre Kinder benachteiligt würden. Er erzählt, dass einige seiner ehemaligen Kameraden sich sogar das Leben nahmen, weil sie es nicht schafften, in der nepalesischen Gesellschaft einen Platz für sich zu finden, und ausgeschlossen wurden. Niemand kümmere sich um sie, trotz den Erfahrungen und Traumata, die sie hätten durchmachen müssen, so Bista.

Er aber entschloss sich, das Verpasste aufzuholen, stürzte sich in ein Fernstudium und schloss mit einem Hoch-



**Lenin Bista** engagiert sich heute für andere KindersoldatInnen – in Nepal und weltweit.

schuldiplom ab. Aber er und die anderen ehemaligen KindersoldatInnen bleiben gesellschaftlich ausgegrenzt, es gibt auch keine Rehabilitation für die insgesamt rund 3000 ehemaligen KindersoldatInnen. Also entschloss er sich, die Discharged People's Liberation Army Nepal zu gründen. Die Organisation, die heute Peace Envisioners Nepal heisst, setzt sich für ehemalige KindersoldatInnen ein, für ihre Anerkennung, Sicherheit und Wiedereingliederung und vor allem für ihre Bildung.

Dieses Engagement gefällt jedoch weder den MaoistInnen noch der Regierung. Bista wurde sogar entführt, um zu verhindern, dass er eine Kampagne lanciert. Im August 2018 verbot ihm die Regierung ausserdem, nach Thailand zu reisen, wo er an einer Friedenskonferenz hätte teilnehmen sollen.

Mit seiner Petition will Bista die Vereinten Nationen auf sein Anliegen aufmerksam machen, damit die Uno Druck auf Nepal ausübt. Alle ehemaligen KindersoldatInnen sollen zu einer politischen Priorität werden und Gerechtigkeit erfahren – alle, weltweit. «Es ist ein globales Problem», wird Bista nicht müde zu sagen.

Am Ende unseres Gesprächs die Frage, was er sich für seine Zukunft wünsche. «Ich möchte die Öffentlichkeit weiterhin über dieses Thema informieren, damit Gerechtigkeit entsteht», antwortet er. «Und vielleicht etwas Land und Arbeit, für ein einfaches Leben», ergänzt er, bevor er sich auf den Weg zu seiner nächsten Station – das Ziel ist Paris – macht.

# **Nepals Kinder im Krieg**

Von 1996 bis 2006 befand sich das Land im Himalaja in einem Bürgerkrieg, die maoistische Kommunistische Partei Nepals kämpfte gegen die Monarchie und das hinduistische Kastensystem. Laut der Nachkriegsregierung wurden mehr als 16000 Menschen im Guerillakrieg getötet, darunter viele ZivilistInnen, die in der Folge der Kämpfe oder durch Minen umkamen. Die Zivilbevölkerung wurde zwischen den Kriegsparteien aufgerieben und zum Teil gezielt zur Zielscheibe der Kombattanten, wie Amnesty International in einem Bericht 2005 festhielt; dabei wurden auch Kinder und Jugendliche gefoltert, hingerichtet oder sexuell missbraucht. Viele Mädchen wurden zu Sexsklavinnen gemacht und teilweise auch ins Ausland verkauft. Die MagistInnen hatten in ihrer Armee mehr als 3000 KindersoldatInnen beschäftigt.

Der Krieg endete mit einem Friedensabkommen, das die Umwandlung Nepals in eine Republik unter Einbezug der maoistischen Bewegung zur Folge hatte.

### KindersoldatInnen weltweit

Gemäss Unicef werden nach internationalen Schätzungen weltweit rund 250000 Mädchen und Jungen in mehr als 20 Ländern in bewaffneten Konflikten als KindersoldatInnen eingesetzt. Die meisten Kinder und Jugendlichen werden erst entführt und schliesslich zwangsrekrutiert, nur wenige schliessen sich den bewaffneten Gruppen aus ideologischer Überzeugung an. Manche tun dies auch schlicht aus Not, weil sie nur so zu Nahrung und Schutz kommen. Innerhalb der Truppen sind sie aber meist Gewalt ausgesetzt und werden mit Zwang zum Befolgen der Befehle gebracht – wobei sie oft auch als unverdächtige AttentäterInnen eingesetzt werden. Kinder werden aber nicht nur zum Kämpfen benutzt, sondern zum Beispiel auch als Späherin, Koch oder Trägerin. Insbesondere Mädchen – aber nicht nur – werden häufig sexuell ausgebeutet. Seit 2002 verbietet ein Protokoll zur Uno-Kinderrechtskonvention den erzwungenen Kriegseinsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren.

# **Ein Wort mit Wirkung**

Schweden hat vor einem Jahr eine neue Definition von Vergewaltigung im Gesetz eingeführt. Seither ist Sex ohne Einwilligung strafbar. Die ehemalige Staatsanwältin und jetzige Opferanwältin Silvia Ingolfsdottir Åkermark erklärt im Interview, was sich geändert hat. Interview: Noëmi Grütter

- ► AMNESTY: Schweden hat vergangenes Jahr die Gesetzgebung zu Vergewaltigung revidiert. Was hat sich genau verändert?
- ◆ Silvia Ingolfsdottir Åkermark: Vor der Änderung stand im Gesetz die Nötigung im Fokus, also ob es zu Gewalt oder Drohungen gekommen ist. Heute geht es darum, dass Sex freiwillig sein muss. Im Zentrum ist nun, dass es für Sex eine Einwilligung von beiden braucht.
- ► Hat dieses Gesetz den Zugang zur Justiz für die Opfer wirklich verbessert?
- → Ja, sehr sogar, würde ich sagen. Die Opfer realisieren jetzt, dass eine Vergewaltigung auch dann vorliegen kann, wenn keine Gewalt angewendet wurde. Bei Befragungen vor Gericht geht es jetzt stärker um die Frage, die eigentlich im Zentrum stehen sollte: Wie konnte der mutmassliche Täter wissen, dass die andere Person einverstanden war? Die Befragungen drehen sich nicht mehr so stark darum, ob das Opfer Nein sagte oder schrie oder sich wirklich wehrte.

Denn das ist «victim blaming», man suggeriert dem Opfer, dass es eine Mitschuld hat.

- ▶ Was ist die grösste Veränderung für die Betroffenen?
- ◆ Eine schwierige Frage. Für mich als Opferanwältin ist es der Zugang zur Justiz. Wichtig ist aber auch der normative Aspekt. Junge Menschen realisieren nun, dass Sex ohne Zustimmung eine Vergewaltigung ist. Sex ist ein gemeinsamer Akt. Wenn jemand einfach deinen Körper ausnutzt und damit tut, was er will, dann ist es eine Vergewaltigung. Sex ist Sex und Vergewaltigung ist Vergewaltigung. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, und das ist sehr wichtig.
- ► Gehen jetzt mehr Frauen zur Polizei?
- Ja. Mehr Handlungen werden als Verbrechen angesehen als vorher.
- ▶ Wie standen Sie zu dieser Reform, bevor das Gesetz geändert wurde? Und wie se-

- hen Sie es jetzt, ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes?
- ◄ Ich war zwar immer der Ansicht, dass das Sexualstrafrecht weiterentwickelt werden sollte. Aber ich war dennoch ziemlich skeptisch gegenüber dem Einwilligungs-Gesetz. Ich dachte, dass es viele Leute enttäuschen würde, weil es nicht zu mehr Verurteilungen führen würde. Aber jetzt, da ein Jahr vorbei ist, habe ich viele Opfer getroffen und war auch in vielen Prozessen und Untersuchungen dabei. Ich muss sagen: Ich wusste zuvor nicht, welche Auswirkungen ein Wort wie «Einwilligung» haben kann. Und wie wichtig es für die Opfer ist. Ich habe meine Meinung geändert. Ich habe realisiert, wie viele Vergewaltigungen wir zuvor nicht untersucht haben, weil keine Gewalt oder Drohung nachzuweisen war.
- ► Was war die Hauptkritik an der Reform? Wurde sie bestätigt?
- ◀ Es gab viele Befürchtungen dazu, dass die Beweislast umgekehrt werden könnte. Dieser Meinung war auch der Anwaltsverband in Schweden. Heute sehen wir: Dem ist nicht so. Es braucht immer noch eine Staatsanwaltschaft, die beweisen muss, was die Absicht des Täters war und dass es wirklich eine Vergewaltigung war. Hinterfragt wurde ausserdem, wie man beim Sex wissen könne, ob die andere Person einwilligt oder nicht. Das hat mich erstaunt; man merkt doch, ob die andere Person einverstanden ist mit einer sexuellen Handlung oder nicht.



Die Schwedin Silvia Ingolfsdottir Åkermark (geb. 1976) war während neun Jahren leitende Staatsanwältin in Stockholm mit Spezialgebiet häusliche Gewalt, sexuelle Gewaltdelikte und Menschenhandel. Heute ist sie in einer Kanzlei als Anwältin für Opfer sexueller Gewalt tätig.



**Nur ein Ja ist ein Ja:** Aktion in Bern.

# ► Umfasst die Gesetzesänderung auch männliche Opfer von sexueller Gewalt?

◀ Ja. Das Sexualstrafrecht in Schweden war aber auch schon vorher geschlechtsneutral.

# ▶ Und haben Männer aufgrund des neuen Gesetzes eine Anzeige gemacht?

◄ Ja, aber es ist nicht sehr verbreitet. Ich weiss nicht genau warum, vielleicht aus Scham. Es ist problematisch, wenn Männer sich schämen, ein solches Verbrechen zu melden.

# ▶ Wie gelang es in Schweden, das Gesetz zu ändern?

◆ Man muss daran glauben und man muss Entscheidungsträger überzeugen. Den Politikern in Schweden wurde bewusst, dass das Gesetz vorher nicht menschenrechtskonform war und zum Beispiel nicht mit der Istanbul-Konvention übereinstimmte.

Mitarbeit: Carole Scheidegger

# ► Müssen die Menschen in Schweden jetzt einen Vertrag unterschreiben, bevor sie miteinander Sex haben?

∢ Ich finde es interessant, dass die Leute bei diesem Thema über Verträge nachdenken. Sex ist eine gemeinsame Sache. Man braucht keinen Vertrag, wenn man weiss, was die andere Person will, oder wenn man sie gefragt hat. Es sei denn, man will ein Verbrechen begehen.

# ► Kommt es seit der Gesetzesänderung zu mehr Falschbeschuldigungen?

◆ Das war ebenfalls eine Befürchtung. Leute, die vergewaltigt wurden, haben kein Interesse zu lügen. Es wird zwar immer einzelne Leute geben, welche eine Vergewaltigung anzeigen, die keine war. Doch das ist ein sehr kleiner Prozentsatz. Die Gesetzesänderung hat nichts damit zu tun. Sie wird Leute nicht dazu ermutigen oder davon abhalten, Falschbeschuldigungen zu machen.

Eine einwilligungsorientierte Gesetzgebung im Sexualstrafrecht: Das fordert Amnesty International auch für die Schweiz. Sexuelle Handlungen ohne Einwilligung sollen adäquat bestraft werden können. Diese Gesetzesänderung ist in den Augen von Amnesty International ein wichtiger Schritt im Kampf gegen sexuelle Gewalt, welche gemäss einer Umfrage schon jede fünfte Frau in der Schweiz erlebt hat. Die Betroffenen zeigen die Übergriffe aber häufig nicht an und erfahren so auch keine Gerechtigkeit vor Gericht. Mit einer «Nur Ja heisst Ja»-Gesetzgebung soll sich das ändern. Vergewaltigung und andere sexuelle Übergriffe sind ein schwerer Angriff auf die körperliche Integrität und sexuelle Selbstbestimmung eines Opfers. Gemäss internationalen und regionalen Menschenrechtsnormen muss die Schweiz Massnahmen ergreifen, um Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen, alle Verletzungen der sexuellen Integrität zu untersuchen und zu bestrafen und den Opfern eine Wiedergutmachung zu gewähren.

# **AMNESTY-BOUTIQUE**

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

# WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP SHOP.AMNESTY.CH

# SIGG-FLASCHE IN AQUABLAU

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter). Aquablaue Mattlackierung mit griffiger Oberfläche.

Art. 2300.021.A / Fr. 25.-

Weitere Farben sind unter shop.amnesty.ch erhältlich.



# **ESPRESSOTASSEN**

Aus weiss emailliertem Steingut, Rand und Amnesty-Kerze in Schwarz. Höhe 7,5 cm, Inhalt 10 cl. Schachtel mit 3 Tassen.

Art. 2300.046 / Fr. 30.-



# KINDERFLASCHE & ZNÜNIBOX

100% Schweizer Produktion, lebensmittelecht, weichmacherfrei, umweltfreundlich, zertifiziert.

Flasche: 0,33 Liter Znünibox: 16 x 12 x 6 cm

Art. 2300.042.BF / Fr. 16.50



# **GYMBAG**

100% Baumwolle, mit Reissverschlussfach innen. Grösse: 45 x 35 cm

Art. 2200.086 / Fr. 19.50



Stahlstock mit Doppelautomatik, Schirm-Durchmesser offen: 97 cm.

Art. 2300.032 / Fr. 25.-



# ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Mitgliedernummer/Kundennummer (wenn bekannt):

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	ArtNr.	Preis	
Name:		Strasse:	'	,	
Ort:		E-Mail:	E-Mail:		
Tel.:		Unterschrift:	Unterschrift:		

Mitglieder der Schweizer **Sektion von Amnesty** International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Boutiqueartikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an: Amnesty International. Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

# Ein Leben im Zeitraffer

In rasantem Tempo erzählt Elif Shafak im Roman «Unerhörte Stimmen» die Lebensgeschichte einer Sexarbeiterin in Istanbul. Die Autorin selbst wagt sich nicht mehr in ihr Heimatland. Von Ulla Bein



**Elif Shafak** schreibt über die vielen Gesichter von Istanbul.

n Wahrheit gab es kein Istanbul, sondern viele Istanbuls...», schreibt Elif Shafak in ihrem Roman, dessen Handlung zum grössten Teil in der Stadt am Bosporus spielt, Sehnsuchtsort für die Protagonistin Tequila Leila wie auch für ihre Erfinderin, die seit zehn Jahren im Londoner Exil lebt und es zurzeit nicht wagt, sich dem politischen Klima in der Heimat ihrer Eltern auszusetzen.

Mit Beginn des Romans hat das Leben von Tequila Leila bereits sein Ende gefunden, ihre Leiche liegt in einem Müllcontainer, verächtlich von den Mördern «entsorgt», doch die Autorin schenkt ihr noch die 10 Minuten und 38 Sekunden, so der Titel des englischen Originals, bis auch

das Gehirn des toten Körpers seine Tätigkeit einstellt.

Wie in anderen Romanen läuft das Leben im Zeitraffer an der Sterbenden vorbei: die ungewöhnlichen Umstände ihrer Geburt, der Vater mit zwei Ehefrauen, Tarkan, der früh verstorbene geliebte Bruder, der wegen seines Down-

Syndroms von der Familie versteckt gehalten wurde, das einsetzende religiöse Eifern des Vaters, der ihr zuletzt den Schulbesuch verbietet und sie erkennen lässt, dass in ihrer Herkunftsfamilie und in ihrem Heimatort keine Zukunft für sie ist.

Selbst Sabotage Sinan, der als Sohn der Apothekerin für eine aufgeklärte weltliche Denkart in der Türkei steht, kann seine beste Freundin Leila nicht davon abhalten, nach Istanbul abzuhauen, so bleibt ihm nur, ihr so bald wie möglich zu folgen. Er ist einer von fünfen: «Mehr als fünf Freunde durfte man Leilas Meinung nach nicht erwarten, denn schon ein einziger war ein Glücksfall. Hatte man es ungewöhnlich gut getroffen, waren es zwei oder drei, und wer unter einem Himmel voller strahlender Sterne geboren war, besass fünf - mehr als genug für ein Leben.» Neben Sabotage Sinan sind es Nostalgie Nalan, Hollywood Humeyra, Jamila und Zaynabı22, die Glück und Geborgenheit in Leilas Leben gebracht haben. Sie sind allesamt krasse AussenseiterInnen. Jede dieser Personen hat ein Leben, das Stoff für einen eigenen Roman böte, auch wenn ihnen in der Romanzeit nur jeweils eine Minute gewidmet wird. Aber diese Minuten haben es in sich! Für Leila, die

Jede dieser Personen hat ein Leben, das Stoff für einen eigenen Roman böte, auch wenn ihnen in der Romanzeit nur jeweils eine Minute gewidmet wird.

als Sexarbeiterin ihren Unterhalt verdient, gehören Gewalt und Übergriffe, auch Armut und Ungerechtigkeit zum Alltag. Doch die Freundschaft, die Solidarität, die sie alle miteinander erfahren, bildet einen starken Gegenpol.

Elif Shafak vermag es, in rasantem Erzähltempo zahlreiche Geschichten miteinander zu verknüpfen, Anstösse zum Nachdenken zu geben, oft nur mit Hilfe von Randbemerkungen. Dieser Roman beschert ein unterhaltsames, anregendes und spannendes Leseerlebnis.



Elif Shafak: Unerhörte Stimmen. Aus dem Englischen von Michaela Grabinger. Kein & Aber, Zürich 2019, 432 Seiten.





# In der Hölle von Kivu

Im Kampf ums kostbare Koltan, das in unseren Handys und Computern steckt, sind Massaker und Vergewaltigungen in Kivu in der Demokratischen Republik Kongo Alltag. Der belgische Autor Jean Van Hamme behandelt das Thema in einem packenden, harten Comic-Thriller, der durch Christophe Simons Zeichnungen noch betroffener macht. Interview: Emilie Mathys

- ► AMNESTY: Weshalb haben Sie dieses Thema für den Comic gewählt?
- ◄ Jean Van Hamme: Wie die meisten Leute hatte ich keine Ahnung vom Horror, der sich in der Region Kivu seit 20 Jahren abspielt. Dr. Cadière, einer der Erfinder der minimal-invasiven Chirurgie, gab mir das Buch des Gynäkologen und Friedensnobelpreisträgers Denis Mukwege. Dieser hat sich auf die Behandlung von Überlebenden sexueller Gewalt spezialisiert.
- ▶ Das ist das erste Mal, dass Sie keine rein fiktive Geschichte erzählen.
- ◄ Ich habe mich auf reale Fakten gestützt und habe, um sie zugänglicher zu machen, eine fiktive Figur in der Person von François geschaffen – einen naiven jun-

gen Ingenieur, der bei einem imaginären multinationalen Unternehmen beschäftigt ist. Mit seinen Augen entdecken wir allmählich die Hölle von Kivu. Das Buch soll den Wunsch wecken, mehr über die dortige Lage zu erfahren. Der Zeichner Christophe Simon war vor Ort. Er hat die Schrecken mit eigenen Augen gesehen.

- ▶ Welche sozialen Auswirkungen hat denn die Koltan-Förderung?
- → Sie führt zur Zerstörung eines sehr familienzentrierten Sozialsystems. Vergewaltigung und Verstümmelung werden als Kriegswaffen eingesetzt. Die betroffenen Frauen werden danach nicht mehr in die Gesellschaft integriert. Frauen, die noch verschont geblieben sind, wagen es nicht, allein auf den Feldern zu arbeiten. Und wer begeht diese Verbrechen? Meistens unter Drogen gesetzte Kindersoldaten, die die Grausamkeit ihrer Handlungen nicht einmal mehr erkennen.
- ➤ Sie deuten die Verantwortung multinationaler Unternehmen und des Westens an
- ◆ Die Teilung des afrikanischen Kontinents durch die Europäer ist Ursache vie-

ler Konflikte. Deutschland wollte die Region Kivu eigentlich Ruanda zuteilen, was dann aber nicht stattfand. So benutzen nun seit 20 Jahren ruandische Rebellen Vergewaltigung als Kriegswaffe, um die Region zu erobern: Sie möchten an das Koltan gelangen, das heute mehr wert ist als Gold.

Die multinationalen Konzerne machen sich die Hände nicht schmutzig, weil das Koltan noch in Kivu aus dem Erz Tantal gewonnen und dann «legal» nach Ruanda verkauft wird. Von dort wird es an China und Malaysia weitergeliefert, wo das Erz veredelt wird. Hier kommen die multinationalen Unternehmen ins Spiel.

- ► Welche Möglichkeit sehen Sie, dass diese Gräuel aufhören?
- ▶ Die Lösung kann nur politisch sein. Das Problem ist, dass 95 Prozent der kongolesischen Bevölkerung nichts darüber weiss, was in Kivu passiert. Es gibt kein nationales Radio oder Zeitungen, das Bildungssystem wird im Stich gelassen. Die Leute dort können also keinem Druck auf die Regierung machen, um die Unternehmen zum Handeln zu zwingen. Bisher habe ich noch von keinem Lösungsentwurf gehört. Die wirtschaftlichen Interessen sind zu gross. ■



Kivu
Jean Van Hamme (Text)/
Christophe Simon
(Zeichnungen)
Splitter-Verlag, 2019.
Das Buch erscheint am
1. September 2019.



Der belgische Autor Jean Van Hamme schreibt Abenteuerromane und Drehbücher. Er gilt als einer der erfolgreichsten Texter von Comics in Europa.

# Der verlorene Schatz der Revolution

Was ermutigte die Menschen, sich in den Revolutionen im Iran 1979 und in Polen 1980 zu erheben, und wie sehen sie die Geschehnisse heute? Der Schweizer Regisseur Andreas Hoessliverwebt im Dokumentarfilm «Der nackte König» die historischen Ereignisse mit den Reflexionen von Zeitzeuglnnen.

Von Manuela Reimann Graf

Rückblick 1979. Der Schah von Persien verlässt den Iran, geht in die «Ferien». Er komme zurück, sobald im Land wieder Ruhe herrsche. Er sieht wie der nackte König im Märchen «Des Königs neue Kleider» nicht, was alle andern sehen. Seine Zeit als «Shah-in-Shah», als König der Könige, ist vorbei. Rückblick 1980: Die Werftarbeiter in Danzig streiken, die kommunistische Führung muss in ein Abkommen einwilligen. Noch kann die Demokratiebewegung in Polen niedergehalten werden, aber auch hier sind längst Entwicklungen im Gang, die die Machthaber schliesslich stürzen.

Der Schweizer Filmemacher Andreas Hoessli führt uns vierzig Jahre zurück und zeigt die Parallelen zwischen diesen beiden historischen Ereignissen auf. Im Zentrum stehen ehemalige RevolutionärInnen sowie Geheimdienstmitarbeiter, die alles zu überwachen schienen - auch Hoessli selbst, der damals als Forschungsstipendiat in Polen weilte. In vielen Schnitten tauchen wir vom Heute in die Vergangenheit, reisen von Polen in den Iran und zurück. Ständig wechseln die Perspektiven und Zeiten, Strassenszenen werden scheinbar willkürlich eingeblendet - und es gibt mehrere rote Fäden, die die Erzählung durchdringen und mit der Zeit ein Muster ergeben. Auch Hoessli wechselt von der Rolle des Betroffenen zum Interviewer und Erzähler.

Der Regisseur verknüpft die historischen Geschehnisse mit den persönli-





**Der Film verknüpft historische Filmdokumente** mit dem heutigen Blick auf die polnische und die iranische Revolution.

chen Erfahrungen der Interviewten, die von ihren damaligen Taten, Motivationen und Träumen berichten. Der Film lässt uns damit nicht nur die Geschehnisse mitverfolgen, sondern erlaubt auch einen Blick in die Köpfe von Beteiligten. Aber auch in die politischen Muster, die das Ganze überlagern. Als Erzähler wirkt der im Februar verstorbene Bruno Ganz.

Der wichtigste rote Faden findet sich in der Person des Journalisten und Autors Ryszard Kapuściński. Dieser kam aus dem Iran nach Polen zurück und berichtete Hoessli von der dortigen Revolution. Zitate aus Kapuścińskis späteren Aufzeichnungen analysieren «das Wesen der Revolte» und was die Menschen aus ihrem normalen Trott reisst, sie die Angst überwinden lässt. Und sie handeln davon, wie der Schatz der Revolution schliesslich verloren geht, der Alltag zurückkehrt, ja Freunde zu Feinden werden.

In einem der Interviews sagt die damalige Pressesprecherin der iranischen Studentengruppe, die Angestellte der US-Botschaft in Teheran als Geiseln nahm: «Kann ich als treue Revolutionärin hinstehen und kritisieren, was ich damals dachte, sagte und tat? ... Und immer noch den grundlegenden Werten der Revolution treu bleiben?»



Der nackte König – 18 Fragmente über Revolution

Dokumentarfilm von Andreas Hoessli Mira Film 2019 Filmstart 12. September 2019

Der Film erhielt den Hauptpreis des DOK.fest 2019 in München.

**Ein Selbstporträt** der Künstlerin Victoria Lomasko.

# BCE STPO A MONVACE BOTYS STORE HORAL HE MCHOPTUM MON TRAHEMAPAHT

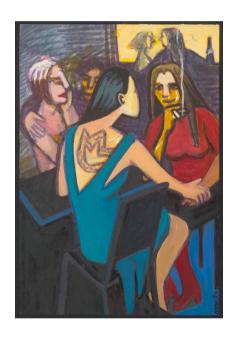
# **Beobachterin in Putins Reich**

Die russische Künstlerin Victoria Lomasko ist einen Monat lang in Basel zu Gast. Im Cartoonmuseum ist ihre erste grössere Einzelausstellung zu sehen. Ihre Werke gewähren gleichzeitig witzige und tragische Einblicke in das Leben im heutigen Russland.

n Putins Russland sind kritische Stimmen bekanntlich nicht gerne gesehen. Gesetze wie jenes zum Verbot von «Propaganda» bezüglich Homosexualität schränken den Spielraum für all jene ein, die ihre eigene Meinung kundtun wollen. Die russische Zeichnerin und Reporterin Victoria Lomasko legt deswegen ihren Stift aber nicht beiseite. Sie beobachtet und kritisiert weiterhin die zunehmende Zensur, den Erlass von einengenden Gesetzen und die fortschreitende Verbrüderung der Russischen Orthodoxen Kirche mit dem Staatsapparat. Die 41-Jährige hat in Moskau Grafik und Buchdruck studiert. Inspiriert von dokumentarischen Zeichnungen aus der Zeit der Leningrader Blockade, aus Straf- und Arbeitslagern und aus dem Militär, hat sie die Grafikreportage zu ihrem künstlerischen Werkzeug gemacht. Heute liegt ihr Fokus auf verschiedenen Subkulturen und benachteiligten Schichten Russlands: von LGBTI\*-Aktivisten und Sexarbeiterinnen über Insassen von Straflagern, und SchülerInnen in halbverlassenen Dorfschulen bis hin zu

herumziehenden Wanderarbeitern. Victoria Lomasko sieht sich laut einer Mitteilung des Cartoonmuseums als zeichnende Journalistin. «Ich wollte das Land und die Zeit, in denen ich lebe, verstehen, wollte Kunstwerke schaffen, die Menschen mit unterschiedlichster Vorbildung zugänglich sind, und ich wollte nicht zuletzt auch an sowjetische künstlerische Traditionen anknüpfen, anstatt sie zu verleugnen», sagt sie.

Neben ihrer künstlerischen Arbeit engagiert sich Lomasko in diversen Organisationen für Menschenrechte, zum Beispiel mit Zeichenworkshops für in Russland inhaftierte Jugendliche. Die Künstlerin wird einen Monat im Atelier Mondial der Christoph-Merian-Stiftung arbeiten und im Cartoonmuseum Basel Wandbilder für die Ausstellung anfertigen.



Ausstellung «Victoria Lomasko. Other Russias».

Vom 24. August bis 10. November 2019. Cartoonmuseum Basel, St. Alban-Vorstadt 28, 4052 Basel. www.cartoonmuseum.ch.

Am Sonntag, 8. September, findet um 14 Uhr eine Menschenrechtsführung mit der Russland-Expertin der Schweizer Sektion von Amnesty International statt.



Buchtipp: Victoria Lomasko: Die Unsichtbaren und die Zornigen. Diaphanes Verlag, 2018. 316 Seiten.

# DIGITALE BÜRGERRECHTE STATT TECHNO-DIKTATUR



Adrienne Fichter ist Redaktorin bei der «Republik» und Expertin für digitale Kommunikation. Wüsste man nicht besser Bescheid, würde man sich in einer Episode der Dystopie-Serie «Black Mirror» wähnen: Mark Zuckerberg hatte neulich die Eingebung, dass die Zukunft der Privatsphäre gilt. Auch die CEOs von anderen Datenkonzernen haben den Datenschutz als neues schützenswertes Gut entdeckt. Die Tech-Giganten, die uns die derzeit grössten Gefahren für die Demokratie eingebrockt haben, demonstrieren übereifrig ihren Selbstregulierungselan. Big Tech treibt den Diskurs um digitale Bürgerrechte voran. Plötzlich geloben alle Besserung, verschärften ihre Richtlinien und bauen Künstliche Intelligenzen (KI) zum Schutz vor Manipulationen.

Es zeichnet sich jedoch bereits jetzt ab, dass das Meiste davon «ethics washing» ist und kommerziellen Eigeninteressen dient. Je mehr Regelwerke existieren, desto eher wird die Konkurrenz ausgebremst. Denn an den datenbasierten Geschäftsmodellen möchten Zuckerberg & Co. ja dennoch festhalten.

In der Schweiz fehlt bislang eine aufgeklärte Debatte über digitale Technologien. Und auch das Bewusstsein, digitale Bürgerrechte überhaupt einzufordern. Bei der Initiative «Digital Switzerland» der Wirtschaftsverbände wird die Zivilgesellschaft nicht eingebunden. Das führt dazu, dass rechtsstaatliche und demokratiepolitische Aspekte komplett ausgeblendet werden. Das Feld darf jedoch nicht allein der Privatwirtschaft überlassen werden.

Denn gerade wenn Google & Co. nach eigenen Gesetzen bestimmen, was Hassrede ist und was nicht, braucht es ein gesellschaftliches Korrektiv. Deswegen müssen wir unseren Grundrechten ein digitales Update verpassen. Zum Beispiel mit einem Auskunftsrecht über KI und einem Widerspruchsrecht gegenüber softwarebasierten Entscheidungen. Oft wissen wir nicht, wann KI und wann ein Mensch entscheidet. Dass es vielleicht ein Gesichtserkennungssystem war, das uns die Tür öffnete am Flughafen Zürich, und nicht ein Zollbeamter.

WIR MÜSSEN DEN GRUNDRECHTEN EIN DIGITALES UPDATE VERPASSEN. Das Credo, das uns die Konzerne im Silicon Valley glaubhaft machen wollen: Wir haben unsere Probleme im Griff und lösen sie gleich selbst. Wir sind Judikative, Exekutive und Legislative, verkörpert in einer einzigen Plattform und einem einzigen Unternehmen.

Wer kontrolliert eigentlich die selbsternannten Regulatoren? In einer aufgeklärten digitalen Gesellschaft braucht es dringend eine Gewaltenteilung beim Einsatz von Technologien. Mit Expertengremien, Anlaufstellen und Korrektivinstanzen.

Wenn nur wenige Personen alle Formen der Macht auf sich vereinigen und sich selbst kontrollieren, ist das nicht nur unsaubere Corporate Governance. Sondern auch der erste Schritt zur Abschaffung der Demokratie. Hin zu einer reinen Techno-Diktatur.

AMNESTY August 2019



# FREIHEIT IST DER WERT, DER BLEIBT

Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden.

Mit einem Legat oder einer Erbschaft setzen Sie ein Zeichen der Hoffnung für all jene Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.

Gerne berate ich Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an cvongunten@amnesty.ch.

Oder bestellen Sie mit dem Talon unseren neuen Nachlassratgeber. Senden Sie den Talon in einem Couvert per Post an: Amnesty International, Legate & Erbschaften Speichergasse 33, Postfach, 3001 Bern

Unter **amnesty.ch/legate** können Sie den Testamentsratgeber auch als PDF herunterladen.

Ihre Chantal von Gunten Graf



# Bitte senden Sie mir den kostenlosen Ratgeber «In die Menschenrechte investieren».

Vorname	
Name	
Strasse	
PLZ/Ort	
Name	
Datum	Unterschrift

Heute in die Menschenrechte zu investieren, heisst, für eine gerechtere Welt in der Zukunft zu sorgen.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern T: +41 31 307 22 22 . contact@amnesty.ch PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8

www.amnesty.ch